

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumeration: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wochentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 3,00 Mark pro Quartal. Eingetragene in der Post-Bestellungsliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Redaktions-Adresse: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 10. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Gewerbe-Inspektion in Preußen.

Wenn auch in diesem Jahre, wohl dank den Dispositionen der Reichsdruckerei, der württembergische Gewerbe-Inspektoren-Bericht später erscheint als sonst, so kann uns das Sprichwort vom geteilten Schmerz nicht darüber trösten, daß die preussischen Gewerbe-Inspektoren ihren Rechenschaftsbericht erst am Ende des dritten Vierteljahres vorlegen. Daß dies nicht nötig war, beweist das bedeutend frühere Erscheinen des bayrischen Berichts. Das verspätete Erscheinen ist nicht bloß ein Nachteil, weil der Bericht hierdurch mehr historischen als aktuellen Wert erhält, es erweckt auch den Verdacht, daß im preussischen Handelsministerium eine Censur geübt wird, die das Vertrauen in die Berichte bei niemandem erhöhen kann.

Im Jahre 1899 hatte die Prosperitätsperiode ihren Höhepunkt erreicht, die Zeichen für die beginnende Entwicklung in absteigender Linie beginnen erst im laufenden Jahre zahlreicher und deutlicher zu werden. Leider besitzen wir nicht wie in Sachsen auch im größten Bundesstaat alljährlich wiederkehrende Arbeiterzählungen; doch beweisen die Angaben der Gewerbe-Inspektoren, daß überall eine stärkere Verwendung von Arbeitskräften in Erscheinung trat. Im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 1898, d. h. von 87 137 im Jahre 1898 auf 88 945 im Berichtsjahr gestiegen; in Berlin-Charlottenburg war die Arbeiterzahl um 2312 auf 134 210 gestiegen, in Posen um 2761 auf 46 110, im Regierungsbezirk Breslau um 3588 auf 131 277, im Regierungsbezirk Pommern um 3888 auf 105 635, auch in den Regierungsbezirken Oppern, Magdeburg, Merseburg, Erfurt, Schleswig, Hannover, Stade, Osnabrück, Aurich, Oldenburg, Lüneburg, Minden, Arnberg, Kassel, Koblenz, Düsseldorf, Köln und Sigmaringen wurde Zunahme der Arbeiter festgestellt, während nirgends die Angaben der Aufsichtsbeamten eine Verminderung der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte vermuten lassen.

Genauere Angaben besitzen wir über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und der Arbeiterinnen. Im Jahre 1899 beschäftigten 22 285 (3387 mehr als 1898) Fabriken Arbeiterinnen über 16 Jahre und 26 707 (2758 mehr als 1898) jugendliche Arbeiter. Es wurden 376 408 (22 799 mehr als 1898) Arbeiterinnen und zwar 148 331 (8554 mehr als 1898) Arbeiterinnen im Alter von 16—21 Jahren und 228 077 (14 225 mehr als 1898) Arbeiterinnen über 21 Jahren beschäftigt. Jugendlige Personen wurden 156 041 (13 929 mehr als 1898) beschäftigt und zwar 100 210 Kinder (10 275 mehr als 1898) und 43 186 (3645 mehr als 1898) Mädchen beschäftigt, auch die Anzahl der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren stieg und zwar von 1421 auf 1546. Ebenso wuchs die Zahl der in den Bergwerken beschäftigten Frauen, jugendlichen Personen und Kinder gegen das Vorjahr, so die der Frauen von 8189 auf 8582, die der jugendlichen Personen von 13 239 auf 15 092 und die der Kinder von 50 auf 107. Die stärkere Heranziehung der „geschügten Personen“ beweist deutlich, daß das bishigen Arbeiterschutz für unsere Industrie und für den Bergbau kein Hemmnis der Ausbeutung weiblicher und jugendlicher Arbeitskraft bedeutet. Charakteristisch ist, daß an 21 Stellen des Berichts über Arbeiterinnenmangel geklagt wird. Noch häufiger wird freilich Arbeitermangel in den Gewerbebetrieben konstatiert, während Arbeitslosigkeit nur in der Lederindustrie und Fahrradindustrie festgestellt wird.

Der Arbeitermangel war eine Erscheinung, die in allen Landesteilen und fast in allen Industrien fühlbar war, so heißt es z. B. in dem ostpreussischen Berichte, „daß in den Maschinenfabriken und dem Tischlergewerbe (Bau- und Möbelschlereien) gelernte Arbeiter nur außerordentlich schwer zu haben gewesen sind. Inserate, in denen den zu ziehenden gelernten Arbeitern unter anderem sogar Erfolg des Reisegeldes versprochen wurde, hatten nur geringen Erfolg und so waren nicht wenige Werkstätten gezwungen, wollten sie den Aufschwung der Industrie einigermaßen ausnützen, jugendliche Arbeiter einzustellen.“ „Von Seiten der Arbeitgeber wurde“ im Regierungsbezirk Potsdam „vielfach über Mangel an Arbeitskräften, besonders an gelernten Arbeitern geklagt.“ „Das Angebot an Arbeitskräften konnte“ im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. „die Nachfrage nicht decken, überall machte sich ein Mangel an Arbeitern bemerkbar, so daß viele neu aufgestellte Maschinen nicht in Betrieb genommen werden konnten, vielfach auch von Neubauten und Vergrößerungen Abstand genommen wurde.“ „Arbeitsgelegenheit war immer zu finden, Arbeitslose gab es kaum“ im Aufsichtsbezirk Berlin-Charlottenburg. Aus der Provinz Pommern wird berichtet, daß „der Arbeitermangel sehr empfindlich und längst chronisch geworden“ ist; von „zeitigem großen Arbeitermangel“ schreibt der Posener Gewerbe-Inspektor; ähnliche Klage führt der Aufsichtsbeamte für Breslau, der die Einstellung weiblicher Arbeiter auf den Mangel an männlichen Arbeitern zurückführt. Der Pommerscher Bericht konstatiert, daß der „Arbeitermangel eine bedenkliche Zunahme der ausländischen, namentlich galizischen Arbeiter zur Folge hat“. Aus dem Regierungsbezirk Oppern wird gemeldet, daß der allgemeine Mangel an Arbeitskräften die Heranziehung jugendlicher Arbeiter und das Wachstum der Zahl der beschäftigten Galizier zur Folge hatte.

Vielfach wird als Begleiterscheinung des Arbeitermangels die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit durch Ueberstunden festgestellt, so u. a. in den Berichten aus Arnberg, Köln, Hannover, Stade, Osnabrück, Aurich, Posen, Merseburg und Magdeburg, „wobei“, wie selbst der magdeburgische Gewerbe-

bericht hat, „allerdings hin und wieder den Arbeitern zuviel zugemutet wurde“. Interessant sind mit Rücksicht auf die Klagen über die Leutenot die vielfachen Erklärungen des Arbeitermangels in der Industrie durch die Abziehung der Arbeiter aufs Land zur Ausführung der Ernte-Arbeiten.

Nach der Theorie der bürgerlichen Nationalökonomie soll sich die Gestaltung aller Preise, auch der für die Ware Arbeitskraft, nach Angebot und Nachfrage regeln, somit müßte ein Hinanschwellen der Löhne der deutschen Arbeiter im Jahre 1899 eingetreten sein. Das wäre umso mehr zu erwarten gewesen, als an der Leistungsfähigkeit des Unternehmertums, Lohnerhöhungen zuzugestehen, keinen Augenblick gezweifelt werden kann; ein Blick auf die Geschäftsberichte der industriellen Aktiengesellschaften muß da jeden Zweifler entwasfen. Und doch sind die Löhne meist nur unbedeutend gestiegen und die Lohnsteigerungen bedeuten nicht einmal eine Erhöhung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter. Das mangelhafte Koalitionsrecht und die Einigung desselben durch die im Geiste der Zucht-hausreden wirkenden Behörden, die großartig funktionierende, von niemand gestörte Organisation des Unternehmertums hinderten die Ausnutzung der Konjunktur des Arbeitsmarkts durch die Arbeiter. Die Steigerungen der Preise für Meizen, Getreidematerial, Lebensmittel u. u., eine Wirkung der Syndikate, Detaillistenvereinigungen und Hausbesitzerorganisationen machten die eingetretenen Steigerungen der Geldlöhne für die Arbeiter wertlos. Dies bestätigt z. B. der Bericht aus Berlin-Charlottenburg mit den folgenden Worten: „Die anhaltend gute Lage der Industrie, die noch immer nicht gedeckte Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere nach gelernten Arbeitern, hatte noch eine weitere Steigerung des Arbeitsverdienstes zur Folge. Indessen ist nach übereinstimmender Ueberzeugung der Gewerbe-Inspektoren die gleichzeitige Steigerung der Preise für Lebensmittel und Wohnungen derart gewesen, daß der Mehrverdienst dadurch meist ausgeglichen wurde, so daß eine bemerkenswerte Hebung des Gesamt-Wohlstands der Arbeiter nicht behauptet werden kann.“ Ähnliches wird aus Posen gemeldet: „Infolge des herrschenden Arbeitermangels sind die Löhne der Arbeiter in allen Industriezweigen gestiegen, jedoch ist die wirtschaftliche Lage dadurch nicht wesentlich gehoben worden, da die Steigerung der Lebensmittel- und bei dem lang andauernden Winter ganz besonders die der Kohlenpreise recht schwer belastete.“ Dem Bericht für Ostpreußen entnehmen wir das folgende Urteil: „Die Löhne steigen seit einigen Jahren langsam aber stetig. Dasselbe thun aber auch die Lebensmittelpreise und noch mehr die Wohnungsmieten, so daß sich die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien wohl kaum gehoben haben wird.“ Ähnliche Urteile fanden wir u. a. in den Berichten aus Pommern, Magdeburg, Merseburg, Kassel, Düsseldorf. Nur wenige Gewerbe-Inspektoren, gleiche Beobachtungen festzustellen, ganz vereinzelt wird eine merkliche Erhöhung der Lebenshaltung der industriellen Arbeiterschaft behauptet.

Aber selbst wenn die Löhne eine Besserung der Lebenshaltung zugelassen hätten, so wäre doch dem vergangenem Jahre kein Lob zu spenden; ist doch die Arbeitszeit für sehr erhebliche Teile der Arbeiterschaft durch Feiertagen und Ueberstunden verlängert worden. Noch weniger als bezüglich der Lohnsätze konnte die glänzende Konjunktur von den Arbeitern hinsichtlich der Arbeitszeit ausgenützt werden. Wäre aber das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen zu stande gekommen, so wären selbst die kleinen Vorteile, die errungen wurden, nicht möglich, oder nur mit ganz unverhältnismäßigen Opfern zu erkaufen gewesen.

Als Nachklang der offiziellen Stimmung im Zucht-haus-kurse finden wir viermal Fälle der „Bedrohung Arbeitswilliger durch Ausständige“ verzeichnet. Ein Eingehen auf diese im Tone der Denkschrift ominösen Angebens dargestellten Vorgänge können wir uns ersparen.

Einzelne Aufsichtsbeamte glauben die Gewerkschafts-Organisationen wegen ihrer „energischen und rücksichtslosen Art“ tadeln zu sollen, auch Mißbrauch ihrer Macht wird in den Arbeiterorganisationen vorgeworfen, während man keinen ähnlichen Tadel über die Unternehmerorganisationen finden kann, obgleich jeder vorurteilslose Beurteiler, jeder Leser der Arbeiterpresse Beobachtungen dieser Art in Hülle und Fülle machen konnte. Wohl werden Fälle bössartiger Terroris-mus der Unternehmer gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angeführt, aber ohne ein leises Wort der Beurteilung, so daß man die Behauptung wagen kann, daß die Gewerbe-Inspektion hierin nichts Tadelnswertes finden, daß sie fast Lobenswertes in einem Vorgehen dieser Art sehen. Es ist unter diesen Umständen wohl begreiflich, wenn es uns auch nicht wünschenswert erscheint, daß die Arbeiter mit der Gewerbe-Inspektion sehr selten Beziehungen anknüpfen. Alle Berichte stimmen darin überein, daß das Vertrauen der Unternehmer zur Gewerbe-Aufsicht erheblich größer ist als das der Arbeiter. Gewerbe-Inspektoren und Gerichte sind von einer den Arbeitern ganz unbekanntem Milde in der Beurteilung der Gesetzesübertretungen der Unternehmer. Wohl läßt sich manchmal erraten oder vermuten, daß einzelne Inspektoren von anderem Geiste besetzt sind als in ihren Berichten zum Ausdruck kommen muß. Der

Geist der offiziellen Socialpolitik ist eben übermächtig, er zwingt die Aufsichtsbeamten so zu handeln und zu schreiben, wie im Reichsamt des Innern und im preussischen Handelsministerium sociale Fragen behandelt werden; wie dieser Geist ist, weiß jeder, der die Broschüre, Rosadomsky und ihre Kommisare im Reichstage und im preussischen Abgeordneten-hause über die Forderungen der Arbeiter aburteilen gehört hat.

Betrachten wir das, was 1899 den Arbeitern und den Unternehmern gebracht hat an der Hand der für die Arbeiter nicht voreingenommenen Gewerbe-Aufsichtsbeamten, so ergibt sich ein recht wenig erbauliches Ergebnis: der ganze Vorteil der Prosperitätsperiode kam den Unternehmern zu gute, während die Arbeiter in der Ausbeutung der Arbeitszeit nur ein höheres Maß von Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu verspüren hatten.

Ueber die Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetze im Jahre 1899 werden wir in einem zweiten Artikel handeln.

Die russische Politik.

Während Rußland die Hauptstadt der Mandchurei, Peking, erobert hat, hat der Zar die Anexion irgend eines Teils von China unterlagert. Die russische Politik begnügt sich eben mit der Ausübung der tatsächlichen Macht, während es in der Form zu jeder Liebeshörigkeit und Verschönerung bereit ist. Andere „Weltmächte“ verfahren umgekehrt: Sie bramarbasieren und schleudern schreckliche Drohungen, vermindern aber in Wirklichkeit fortgesetzt ihren Einfluß. Sonst liegen heute weder vom diplomatischen noch vom militärischen Kriegsschauplatz lärende Meldungen vor. Die „Lage“ ist wie mit chinesischer Lupe geschwärzt.

Vom Weltgeneralissimus hört man nichts. Ein Adelstelegramm des „Kokal-Anzeigers“ trant ihm die — Schnelligkeit zu, daß er die Auslieferung des Prinzen Tuan und der andern Schuldigen in einem Manifest verlangt habe — ein Beweis, welchen große Meinung die Adelleute der partellosen Blätter von den diplomatischen Fähigkeiten Kaiserers haben. Meistens scheinen sich die Truppen, die in Tientsin liegen, die Zeit à la Carl Peters zu vertreiben, denn dem „Kokal-Anzeiger“ wird des Weiteren gefabelt, es seien „dort zwei schöne Frauenzimmer, Konkubinen von Vizekönig, unter dem Verdacht der Spionage verhaftet“. Das ist die chinesische Halbweilpolitik!

Deutsche und englische Truppen haufen jetzt in den von den Russen verlassenen Quartieren in Peking, man redet davon, es sollten 8000 Deutsche in Peking überwintern. Warum?

Amerika drängt auf Frieden.

Das Washingtoner Staatsdepartement verhandelt an die Mächte eine Note, worin es die Ueberzeugung ausdrückt, daß, wenn ein weiterer Zerzug im Beginn der Friedensverhandlungen stattfindet, ein ernstlicher Aufstand in den südlichen Provinzen zu erwarten sei. Diese Ansicht wird begründet durch die Berichte der amerikanischen Konsuln in den südlichen Provinzen, besonders aber durch den Kommissar Rodhill, der nach Süden gegangen ist, um die Meldungen der Konsuln zu kontrollieren. Der Gesandte Conger benachrichtigte das Staatsdepartement, daß es für die Verhandlungen gleichgültig sei, ob der Kaiser nach Peking zurückkehre oder nicht, was der Gesandte Walinglang bestätigte.

Der Zar verbietet die Anexion.

Der russische Generalgouverneur des Amurgebietes, General Grobellow, hat an den Militär-gouverneur von Transbaikalien, General Magnewski, folgendes Telegramm gerichtet: Einer Mitteilung des Kriegsministers zufolge hat der Kaiser zum Zweck einer rascheren Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zu China zu bestimmen geruht, den russischen Besitzungen keinen Teil des chinesischen Gebietes einzuverleiben und sich auf die Ergründung von Maßnahmen zu beschränken, die zur ruhigen, gesicherten Benutzung der von uns durch die Mandchurei geführten Eisenbahnen und zum ungehinderten Verkehre unserer Schiffe auf dem Amur erforderlich sind.

Winterquartiere in Peking.

Das Meuterische Bureau“ meldet vom 2. d. M. aus Peking: General Janaguchi formiert die neue japanische Brigade, welche die Positionen in China besetzen soll; dieselbe wird bestehen aus 5000 Mann der 21. und 5000 Mann der 9. Brigade unter dem Befehle des Generals Suamoto. 2000 Mann werden hier bleiben, die übrigen werden an der Kommunikationslinie zwischen Peking und Taku und andern Punkten verteilt. 8000 Deutsche, 1600 Amerikaner und eine gleiche Zahl Russen werden den Winter über in Peking bleiben. Wieviel Engländer bleiben, ist noch nicht bestimmt, wahrscheinlich eine Brigade. Die Verbündeten versehen sich mit Vorrat, der für sechs Monate beschafft werden muß. Die Russen haben ihre Sänzwache aus den kaiserlichen Gärten fortgenommen, welche dann sofort von den Deutschen besetzt wurden. Die Deutschen richten die früher von der Kaiserin-Witwe bewohnten Gebäude als Hauptquartier für den Grafen Waldersee und seinen Stab ein. 600 Engländer haben vom Sommerpalast Besitz genommen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. Oktober.

Die Rechtungsgültigkeit der Lübecker Streikposten-Verordnung

ist nunmehr gerichtlich anerkannt worden. Unser Brandenburger Partei-Organ hatte die Lübecker Arbeiterschaft aufgefordert, der Verordnung Trotz zu bieten, um eine gerichtliche Entscheidung über ihre Rechtsgültigkeit herbeizuführen. Wegen dieser Neuerung hatte die Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Huth, den damaligen verantwortlichen Redacteur der „Branden-

Bürger Zeitung" Auflage erhoben, weil er angeblich zum Ungehorsam gegen Befehle oder rechtsgültige Verordnungen aufgefordert habe.

Das Brandenburger Amtsgericht aber hat die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt und diesen Beschluß wie folgt begründet:

Eine nach § 111 Str.-G.-B. strafbare Handlung ist nur dann vorhanden, wenn das in § 110 bezeichnete Gesetz (die Verordnung oder Anordnung) objektiv rechtsgültig erlassen ist. An diesem Erfordernis fehlt es im vorliegenden Fall. Die Säbeker Verordnung, betr. das Verbot des Streikpostenstehens vom 24. April 1900 ist im Widerspruch mit Artikel 2 der Reichsverfassung und § 2 C. G. zum Str.-G.-B. erlassen. Sie greift in die Materie der gewerblichen Koalitionsfreiheit ein, welche die Reichsgesetzgebung durch § 152-153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung in ihren Bereich gezogen hat. Das Streikpostenstehen ist ein Mittel, welche von den gewerblichen Arbeitern gebraucht werden, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken. Die Fassung und der Geist des § 152 Gewerbe-Ordnung zeigen aber deutlich, daß sich die Reichsgesetzgebung dieser Materie im weitesten Umfang hat bemächtigen wollen. (Vergl. von Buchta in der „D. Jur.-Ztg.“ 1900 Nr. 14 S. 310 a. E.)

Ein Verbot und eine Beschränkung des Streikpostenstehens könne also derzeit nur im Wege der Reichsgesetzgebung erlassen werden, soweit sie sich auf gewerbliche Arbeiter beziehen sollen.

Daraus folgt die Ungültigkeit der Säbeker Verordnung vom 24. April 1900 und weiter die Unanwendbarkeit des § 111 Str.-G.-B. auf den vorliegenden Sachverhalt.

Die kleine Buchdruckvorlage, die die „freie“ Stadt Lübeck, dem Reiche und dem Reichstag zum Trost „verordnet“ hat, ist also jetzt durch richterlichen Beschluß als verfassungswidrig gekennzeichnet worden. Wir erleben somit das Schauspiel, daß in einem Einzelstaat nach verfassungswidrigen Befehlen Recht gesprochen wird. Hat der deutsche Reichskanzler, hat das Deutsche Reich wirklich nicht so viel Ansehen und Kraft, um die freie Stadt Lübeck zu zwingen, die Reichsgesetze zu achten? Es ist sicherlich nicht geeignet, den Reichsgedanken zu stärken, wenn man mählich zuseht, wie sich ein Bundesstaat gegen Recht und Verfassung auflehnt!

Die russische Blutschuld.

Ueber das jüngste Warschauer Kriegsgericht veröffentlicht unser Krakauer Partei-Organ, der „Kaprzo“, und bürgerliche Blätter interessante Einzelheiten, denen wir folgendes entnehmen:

Am Samstag, den 22. September d. J., stand der Genosse Czerninski aus Gzenstochau vor Gericht. Die Anklage fußt auf einem Befehl des Generalgouverneurs Jmerzhynski an die Warschauer Truppen vom 9. August 1900, in dem Czerninski dem Kriegsgericht überliefert wird, um nach Befehlen, die in Kriegszeiten Geltung haben, abgeurteilt zu werden. In dem „Befehl“ heißt es u. a.: „Czerninski ist beschuldigt, Mitglied der ungesetzlichen, geheimen „Socialistischen Partei Polens“ zu sein, die unter anderem den Zweck hat, die in Rußland geltende Staatsordnung auf dem Wege der Gewalttätigkeit gegen Personen, die mit der Partei nicht sympathisieren, umzustürzen. In der Annahme, daß der Schlosser der Fabrik „Pelzer“, Joseph Schanzenberg, Agent der Gendarmen ist, d. h. eine Person, die den Interessen der Partei feindlich gegenübersteht, hat Czerninski mit andern unentdeckten Personen beschlossen, den Schanzenberg zu töten. Zu diesem Zweck lanterten sie ihn am 22. Oktober 1899 auf dem Theaterplatz zu Gzenstochau ab, überfielen ihn und verletzten ihn mittels Messerstücke, von denen Schanzenberg auf der Straße verstarb, nachdem er eine kurze Strecke weiter gegangen war.“

Am 23. September 1900 wurden die Genossen Konrad Jeziorowski, Wroził, Rutkowski und Karz und die beiden Angeklagten, welche während der Untersuchungshaft zu Verurteilern wurden — Krauczyl und Glinzki — vor das Kriegsgericht geführt.

Das Kriegsgericht setzte sich aus vier Obersten zusammen. Den Vorsitz führte Strelnikow, der noch vom Prozeß des „Proletariats“ im Dezember 1895 und Januar 1896 in aller Erinnerung ist. Auch damals hagelte es Todesurteile, von denen vier ausgeführt wurden. Die Verhandlung währte von 9 1/2 Uhr früh bis 12 1/2 Uhr nachts bei zweistündiger Pause und war geheim. Erst nach langem Bitten erlaubte man den Müttern der Angeklagten, der Sitzung beizuwohnen. Sie verstanden ja doch nicht die russische Sprache, in welcher verhandelt wurde. Außer ihnen waren nur etliche hohe Militärs, Staatsanwälte, Offiziere, der Redacteur des Warschauer Gendarmenblatts und der Vater von Glinzki anwesend. Die Zeugen, junge Bergarbeiter aus den Sodnowitzer Bezirken, kamen zum größten Teil aus der Warschauer Citadelle, in welcher sie für ihre Zugehörigkeit zur „Socialistischen Partei Polens“ in Untersuchungshaft sitzen und ihre endgültigen Urteile erwarten. Die Verhandlungen wurden unter Zuhilfenahme von Dolmetschern geführt, da die Angeklagten der russischen Sprache nicht mächtig sind. Nur Jeziorowski spricht ein wenig russisch.

Der Anklage liegt der Befehl des Generalgouverneurs Jmerzhynski an die Warschauer Armee vom 11. August 1900 zu Grunde.

Die wesentliche Stelle des Befehls lautete: „Die Angeklagten sind beschuldigt, der geheimen „Socialistischen Partei Polens“ anzugehören, welche das Ziel verfolgt, die in Rußland bestehende Staatsordnung mit Gewalt umzustürzen. Als sie erfuhren, daß der Maschinist des Bergwerks „Janusz“ Jan Mazur die Absicht hat, der Behörde von dem in der Grube bestehenden socialistischen Verein Anzeige zu machen, haben Jeziorowski und Wroził, um dies zu verhindern, den Plan gefaßt, ihn zu töten, und haben zur Ausübung ihres Plans Krauczyl, Glinzki, Rutkowski und Karz bestimmt. Die letzteren kannten die Gründe zur Tötung Mazurs und waren zur Ausführung des Plans von Jeziorowski und Wroził bereit; zu diesem Zweck bewaffneten sich Krauczyl und Rutkowski mit Messern, Glinzki und Karz mit Stöcken und überfielen am Abend des 23. November 1899 im Dorfe Sielece (Gouvernement Piotrkow) den Maschinisten Mazur. Sie verletzten ihn mit ihren Waffen und einem schmalen Brett, das Mazur selbst trug, zwei Wunden in den Kopf und 15 Messerwunden, an denen Mazur ca. 1 1/2 Stunden später starb.“

Die ungeheuerlichen Thatfachen des „Befehls“ konnten vor Gericht nicht bewiesen werden. Dagegen wurde mit aller Klarheit bewiesen, daß die Absicht, den Spigel Mazur zu töten, nicht bestand und daß man ihm nur eine Tracht Prügel verabreichen wollte.

Das Verhalten der Angeklagten vor Gericht war würdig und ruhig. Dagegen trieben die zwei Verräter ihre schmachvollen Denunziationen selbst vor Gericht weiter.

Genosse Jeziorowski war fest entschlossen, alle Schuld auf sich zu nehmen, um die andern womöglich zu retten. Als z. B. Glinzki gefragt wurde, ob er zur „Socialistischen Partei“ gehöre und mit „Ja“ antwortete, fiel ihm Jeziorowski ins Wort und erklärte, das wäre nicht wahr, er war ja dumm, er ist gar nicht schuldig. Das ist alles meine Arbeit. Ich habe über 60 socialistische Organisationen gegründet.

Aus der Verhandlung ging hervor, daß der Genosse Jeziorowski der Führer der Bewegung im ganzen Bergbezirk war, alle Streiks geleitet hatte, organisatorisch thätig war usw. Wroził war ihm dabei beistehend. Als ein Zeuge die Frage, ob Jeziorowski die Propaganda geführt hatte, verneinte, erinnerte ihn J. an verschiedene Thatfachen aus seiner Thätigkeit. Zum Beweis, wie man die socialistische Thätigkeit in civilisirten Ländern beurteile, wies J. auf Millerands Eintritt ins Ministerium. Die andern Genossen gaben die Thatfachen unumwunden zu.

In der schändlichsten Weise versuchte der Verräter Krauczyl die Angeklagten und Zeugen der Lüge zu zeihen. Er erzählte so viel Einzelheiten, daß selbst der Vorstehende des Kriegsgerichts ihm entgegenwarf, er hätte wohl schon genug Opfer hereingelegt. (Krauczyl hat durch seine Aussagen über 200 Personen der Polizei übergeben!) Der zweite Verräter Glinzki unterstützte K. bei allen Denunziationen fleißig. Die Absicht des Elenden war nur zu deutlich. Denn am Schluß der Verhandlung bat der Angeklagte Krauczyl um vollständige Begnadigung — man solle doch bedenken, daß er alles ausgesagt habe, was er aus der Bewegung wüßte! Einer der Vergewaltigten den Zeugnissen. Als der Vorstehende sich auf seine Religion bezog, erwiderte er: „Meine Religion, die bin ich.“ Aber das Gesetz fordert den Tod. — „Mein Gesetz — das ist mein Gewissen“, antwortete der stolze Verdamnte.

Nach der Vernehmung sprach Genosse Jeziorowski in einstündiger Rede zu seiner Verteidigung. Unser Genossen verhielten sich bis zum letzten Augenblick tapfer — nicht einer von ihnen bat um Gnade oder Nachsicht, trotzdem sie genau wußten, was ihnen bevorstand. Das Plaidoyer des Rechtsanwalts Patei (für Jeziorowski) war glänzend und tief empfunden. Erbärmlich feig war dagegen die Verteidigung des R. S. S. J. m. a. s. i., der für Wroził und Rutkowski sprach. Die andern Angeklagten wurden von einer Militärperson von Amtswegen verteidigt. Der Verteidiger sagte u. a.: „Nun eine Ehrer von ehrlichen und ruhigen Leuten dem Staat so schädlich sein, daß er gar schon zu Kriegsgerichten greift? Führt sich denn die Regierung so ohnmächtig, so bestürzt, daß sie die Bevölkerung mit Todesurteilen einschüchtern will? Warum verurteilen denn die Richter bei ähnlichen Thatbeständen, wo die Absicht der Tötung nicht vorlag — zu drei Monaten Gefängnis — und hier will man mit Todesurteilen vorgehen? Ist es denn kein Verbrechen, eine unbeabsichtigte Tötung mit einer Tötung nach Paragraphen zu befehlen?!

Nachts um 12 1/2 Uhr wurden die sieben Todesurteile verkündet. Ein Tumult entstand im Saal. Jeziorowski und andre Genossen ohrfeigten den Verräter Krauczyl mitten im Gerichtssaal. Der Lärm wurde so groß, daß ihn selbst die Arbeiter, die draußen auf der Straße Nachrichten erwarteten, hörten. Zugleich erfuhren sie, daß die Schandurteile gefallen seien. Sie schworen Rache.

Die Mütter der Verurteilten weinten. Der Verräter Glinzki auch. Bei Verlesung des Urteils bewahrten unsere Genossen vollständige Ruhe. Als sie nach dem Gefängniswagen stiegen, grüßten sie freundlich zum Abschied. Die Mütter der Verurteilten schandten sofort nach der Sitzung Gnadengesuche an den Jaren. Die Verurteilten selbst haben nicht das Mindeste verlangt. Ob auch der Tod schlimmer ist, als die lebenslänglichen oder langjährigen Zwangsarbeiten, die ihnen bevorstehen? ... Der Vater des Genossen Czerninski starb einige Tage vor der Verhandlung am Rücken Schlag.

Wie man sieht, enthielt der Bericht des „Berliner Tageblatts“ mehr Unwahrheit als Wahres. Die gruselige Geschichte von den Minengängen an der Kathedrale in Jaroslø Sjeło ist von A bis Z erfunden! Ebenso unwahr ist es, daß „die Verurteilten“ „umfangreiche Angaben“ über die Organisation gemacht, d. h. Unnütziges ausgeliefert haben. Das haben von 7 Verurteilten nur 2 Verräter gethan. Das „Berl. Tagebl.“ spricht weiter von einer Wittschrift der Verurteilten an den Jaren. Auch das entspricht nicht den Thatfachen. Unsere Genossen hätten sich niemals zu einer Wittschrift an den Despoten verstanden. Die Mutter konnte keiner am Bitten hindern. Wahr ist dagegen die Meldung des „B. T.“, daß man in den Ministerien einfach besetzt ist über die Ausbreitung der Organisation der „Socialistischen Partei Polens“, die durch die Verhandlung wieder zum Vorschein kam.

Das neue Wuturteil wird auch den weiteren Fortschritt nicht hemmen.

Deutsches Reich.

Die Krise.

Der Ratenjammer, der bei der Börse auf die fernere tolle Kurs-treiberei der Industriepapiere in der Prosperitätsperiode gefolgt ist, beherrscht jetzt die ganze Lage. So viel auch die bisher in Abkühlungsbegeisterung schwelgenden Blätter jetzt versichern, daß die Wirren in China vor ihrem baldigen friedlichen Ende ständen, die Börse läßt sich aus ihrem Zustande völliger Nutzlosigkeit nicht mehr herausreißen. Mit Recht betrachtet sie alle Nachrichten aus der Industrie über Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen nur als das Vorzeichen zu den schlimmsten Nachrichten, die man an der Börse jetzt für die nächste Zeit erwartet. In einzelnen Vörtenblättern wird im Handelsbericht bereits das Zusammenbrechen großer Werke für diesen Winter prophezeit, die die schlimmste Lage, in welcher sie sich befinden, nur noch mähewoll hinter allerhand Ausreden, wie „Ausbleiben von Specifikation“, „augenblickliche vorübergehende Störung“ und dergl. verbergen.

Ob diese düsteren Prophezeiungen in jeder Hinsicht richtig sind, wollen wir dahingestellt sein lassen; im Interesse Tausender deutscher Arbeiter würden wir wünschen, daß sie sich nicht bewahrheiten. Allein die tolle Ueber speculation und frivole Ueberproduktion der kapitalistischen Profitmacher lassen leider das Schlimmste befürchten. Die Börse, die eine feine Witterung hat, verhält sich abwartend, und die Geschäftsbahnhöfe einzelner Werke können so günstig sein wie sie wollen, sie lösen der Börse kein Vertrauen ein. Währenddem sinken die Kurse und wenn ein gutes Ereignis an der Börse an einem Tage eine „festere Haltung“ bewirkt, fällt andern Tags das Barometer der Werke wieder um einige Grade. Der verflochtene Ultimovetter zeigt ein erschreckendes Weichen der Kurse. Die Deutsche Bank notierte 182,50 gegen 208,75 Ultimo Januar, Diskontokommandit-Anth. 168,50 gegen 194, Nordb. Lloyd 108 gegen 123, Sommer Guthab-Verein 171 gegen 272, Diberna 194,90 gegen 231,60, Selsenkirchen 186,75 gegen 218, Laurahütte 191,45 gegen 266, Zeche Dannenbaum 86,60 gegen 139,50 usw.

Diese allgemeine Entwicklung hat die großen Banken, die mit Ware stark belastet sind, schon seit längerer Zeit veranlaßt, in stillschweigendem Einvernehmen alles zu thun, die weichen Kurse so lange als möglich zu halten — wenigstens so lange, bis sie ihre großen Effektenbestände los sind; was hernach, wenn das Unglück hereinbrochen, die kleinen Anleger machen, kann ihnen füglich gleich sein. Da alles nichts half, ward in diesen Tagen durch eine gewisse Bankpresse ausgesprochen, ein erstes Berliner Bankhaus habe, im Verein mit sieben andern Bankinstituten, ein Banken-Syndikat gebildet, um einen weiteren Kurssturz in Industriepapieren zu verhindern. Aber auch das vermog keine bessere Stimmung aufkommen zu lassen, denn die Börse weiß, daß die großen Banken bei den industriellen Erfindungen der letzten Jahre viel zu stark engagiert sind, um zu ihrem Effektenbestande noch größere Zuläufe machen zu können. Es wäre dies

ein wohlthätiges Beginnen und könnte überdies an der Lage auch nichts ändern. Dasselbe ist ja schon vor Monaten zweifelsfrei versucht worden, und inzwischen hat sich klar gezeigt, daß die Störungen auf dem Markt ihre Ursache nicht bloß haben in dem Ausbruch der chinesischen Ereignisse, sondern in dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergange, hervorgerufen durch die Ueberproduktion, welcher der Konsum in keiner Weise zu folgen vermag.

Währenddem nimmt auch die Versteigerung auf dem Geldmarkte zu, worunter die Industrie schwer zu leiden hat. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die belgischen Konstruktionswerkstätten mit Offerten deutscher Eisenlieferanten überlaufen werden und das zwei Monate später, da die deutsche Eisenindustrie stolz erklärte, die Aufträge nicht befriedigen zu können. Die belgischen Kohlenzechen verkaufen jetzt 3 Francs pro Tonne unter dem offiziellen Preise. Darin sieht man mit Recht eine in Kürze bevorstehende Herabsetzung des deutschen Kohlenpreises. Gegenüber der sich verschlechternden Lage hilft alle kluge Speculationspolitik nichts mehr.

Das Fest der Cäsaren. Am Donnerstag findet bei Homburg die Einweihung der restaurierten Saalburg, eines alten römischen Kastells und des Reichsruhmuseums in Gegenwart des Kaisers statt. Bei dieser Gelegenheit sollen mit Zuhilfenahme schauspielerischer Kräfte Szenen aus der römischen Kaiserzeit dargestellt werden. Das Programm ist nach einem Frankfurter Blatt wie folgt gestaltet:

Am Eingang zum Kastell wird d. Kaiser voraussichtlich anhalten und sich dann zu Fuß nach der Porta Decumana begeben. Dort stehen auf dem Hügel des Thors römische Legionäre mit den langen Tüben, die dem Imperator Germanorum entgegenkommen, sobald sein Fuß den Boden des Kastells betritt. Ringsum auf den Mauerzinnen sieht man römische Soldaten in „feldmarschmäßiger Ausrüstung“ stehen, und der Präfect des Kastells wird den Imperator am Eingange mit einer lateinischen Willkommensrede begrüßen. Der Kaiser und sein Gefolge schreiten durch das Thor und begeben sich in das Innere des Hofs. Hier führt eine via triumphalis nach dem alten Egerzierhause, in welchem das Rimesmuseum entstehen soll. Römische Soldaten bilden Spalier. Auch neugierige Germanen-trupps haben sich eingefunden, um der Feier beizuwohnen, und sehen malerisch neben ihren schwarzhaarigen Wezwingern. Im Innern der Egerzierhalle, in welcher außer den geladenen Gästen niemand anders als in römischer Tracht sich aufhalten darf, empfängt den Kaiser ein lateinisches Weibchen, dem wird der von Lauff gedichtete Prolog gesprochen, die Grundstein-Urkunde verlesen und die Legung des Grundsteins in der im alten Rom üblichen Weise vollzogen.

Diese Feier ist auch insofern von historischer Kostümreue, als gerade in der römischen Kaiserzeit derartige Feste sehr beliebt waren.

Miquelische Germanisierungspolitik. Die Posener Ministerkonferenz, die Maßregeln zur „Stärkung des Deutschtums“ in der Provinz Posen beriet, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Vor einigen Tagen erhielt der Fischergeselle Stefan Borkowski aus Galizien, der bei einem Posener Meister beschäftigt war, folgenden Polizeibefehl:

Nach den bestehenden Vorschriften darf man polnisch sprechende Ausländer polnischer Nationalität in den Handwerksbetrieben der Provinz Posen nicht beschäftigen. Da Sie aber nach eingezogenen Erkundigungen Pole sind, habe ich Ihrem Arbeitgeber, dem Tischlermeister Szejeponski aufgetragen, Sie vom 1. Oktober dieses Jahres ab nicht mehr zu beschäftigen. Gleichzeitig fordere ich Sie auf, die Arbeit bei dem vorgenannten Meister am 1. Oktober aufzugeben und Posen zu verlassen, widrigenfalls ihre zwangsweise Ausweisung aus Preußen nach Oesterreich erfolgen wird. gez. Hellmann.

Wie jetzt war es stöhnend, ausländische Arbeiter, die man ausweisen wollte, als „lästige“ aus dem Lande zu treiben. Bei dem in diesem Falle Ausgewiesenen scheint man nicht die mindeste Begründung zur „Lästigkeit“ zu haben. Man macht es sich noch bequemer und greift zu einer „bestehenden“ Verordnung, von der kein Mensch etwas weiß. Der Vorgang zeigt wiederum, wie notwendig es ist, die Abschaffung der Ausweisungsbefugnis mit aller Energie zu fordern.

Die zukünftigen Staatsretter.

Zwanzig deutsche und österreichische Professoren erlassen einen Aufruf an die Studenten, in denen sie auf die Gefahren geschlechtlicher Krankheiten hinweisen. Sie heben hervor, daß die Verbreitung jener Erkrankungen namentlich unter den Besuchern der großen Universitäten sehr erheblich und weit höher sei, als man dies nach der gesellschaftlichen Stellung und der Erziehung der Studierenden erwarten sollte.

Das sei freilich eine Folge des vom Zwang der Schule befreiten Lebens, aber gerade der größeren Versuchung gegenüber glauben diese Autoritäten ihrer Fächer darauf hinweisen zu müssen, daß nach tausendfältiger Erfahrung die Abstinenz ohne jeden Schaden für die körperliche und geistige Entwicklung der Jugend sei. Der Aufruf giebt hierauf eine Beschreibung jener verhängnisvollen Leiden, wobei auf die Rückwirkung auf Gehirn und Rückenmark, auf häufige Nachkrankheiten, wie Gelenk- und Herzleiden, sowie auf deren Verderblichkeit hingewiesen wird. Mit besonderem Nachdruck wird auf die spätere Ehe solcher Menschen hingewiesen. Fast die Hälfte aller kinderlosen Ehen soll in früheren Erkrankungen des Mannes ihre Veranlassung haben. Die Professoren bemerken ausdrücklich, daß sie sich in dieser Schilderung der Gefahren jener Erkrankungen von jeder Uebertriebung ferngehalten haben und nur die Dinge in ihrer wahren Gestalt zeigen, die freilich nicht mit dem Auge des Leichtsinns und der Gleichgültigkeit gesehen werden dürfen. Die Professoren fordern also die Studenten zu möglichst vollständiger Enthaltensamkeit auf. Es sei bemerkt, heißt es weiter, daß kaum in einem andren Punkte sich zu den Schäden des Körpers so oft und so leicht solche des Charakters, der ganzen Denks- und Sinnesart gefellen, wie gerade hier.

Der Aufruf ist ausschließlich von Ärzten und Hygienikern unterzeichnet. Und aus diesen Elementen rekrutiert dann der Staat seine Beamten, seine Richter, Staatsanwälte, Geheimräte und Minister. Vielleicht erklärt sich mancher Jüngling in dem Gemütszustand der herrschenden Gesellschaft aus solchen Jugend-sünden. Die Scharmacherei wie die sittenbruchlerische Morderei, die schwindende Intelligenz und die moralische Gefährdung, die unsre Zeit kennzeichnen, sind durch körperliche Dispositionen erheblich beeinflusst, weisen doch die Ärzte eindringlich gerade auf Schädigungen des Charakters hin.

Das Saccharin soll nun doch noch nach den Wünschen der Agrarier mit einer hohen Steuer belegt werden. Das ist die Folge davon, daß die Vertreter der chemischen Industrie sich „um des lieben Friedens willen“ den Agrariern gegenüber nachgiebig gezeigt, indem sie sich mit der Vesteuerung künstlicher Süßstoffe einverstanden erklärten, vorausgesetzt, daß die Saccharinsteuer nicht einer prohibitivsten Steuer gleichkomme, wie sie die Jüdische Partei wünsche, nach welcher von 1 Kilogramm Saccharin ebenso viel Steuer erhoben werden soll, wie von 11 Centner Zucker.

Selbstverständlich haben sich die Agrarier und die in deren Schlepptau befindliche Regierung nicht um die „Voraussetzungen“ jener Industriellen gekümmert! Obwohl diese von unsrer Seite rechtzeitig davor gewarnt wurden, haben sie keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Besteuerung des Saccharins ausgesprochen, sondern nur über die Höhe der Steuer Vorbehalten gemacht. Die Folge davon ist, daß jetzt seitens der Reichsregierung den Handelskammern ein Gesetzentwurf zur Regulierung vorliegt, der eine Steuer von 80 Mark pro Kilogramm Saccharin fordert, das ist das Sechsfache bis Achtfache des ungarischen Handelspreises des Saccharin und ebensoviel wie die Steuer von 8 Centner (400 Kilogramm) Zucker! Die schlimmsten Beschränkungen der chemischen Industrie sind also so ziemlich in Erfüllung gegangen!

Von unserer Fraktion wurde stets der Standpunkt vertreten, daß die Verwendung von Saccharin an Stelle von Zucker bei der gewerblichen Herstellung von Genussmitteln verboten sein muß, damit das Publikum nicht das billigere, nahrhafte Saccharin an Stelle des nahrhaften Zuckers zu demselben Preise wie den letzteren erhalte. Nur dem Betrug wollten wir vorbeugen, nicht der Verwendung des Saccharins überhaupt, das trotz aller Anfechtungen der Zuckerpartei bis jetzt noch nicht als gesundheitschädlich gekennzeichnet werden konnte. So traurig es ist, daß weite Volkskreise zu arm sind, um zu ihrer Nahrung Zucker verwenden zu können, so verkehrt ist es, sie nun dafür noch durch eine Besteuerung des Saccharins, des Surrogats für Zucker zu bestrafen, nur damit den Zuckerfabrikanten und ihren agrarischen Lieferanten der Absatz an Zucker nicht verringert wird! Die ärmere Bevölkerung, die leider gezwungen ist, Surrogat zu verwenden, wird durch jede Besteuerung des Saccharins geschädigt — aber freilich, danach fragt ja eine Regierung nicht, die nur den Agrariern zuliebe regieren will! —

Freisinnige Weltpolitik. Eugen Richter hat zum Weltpolitiker den nachfolgenden Antrag, betreffend die auswärtige Politik eingebracht, unter dem Vorbehalt der Einbringung eines weiteren Antrags in Bezug auf die Chinapolitik. Der jetzt eingebrachte allgemeine Antrag lautet wie folgt:

1. Der Parteitag teilt in Bezug auf die auswärtige Politik nicht die Ansicht, daß die deutsche Regierung bei allen wichtigen Entscheidungen in der Welt mitzurufen hat. Der Parteitag ist vielmehr der Ansicht, daß eine Einmischung in auswärtige Angelegenheiten im einzelnen Fall nur in Frage kommen kann dort, wo sehr wichtige deutsche Interessen berührt werden. Auch in diesem Falle müssen die möglichen Vorteile einer Einmischung abzuwägen werden gegenüber den Opfern, welche eine militärische Eingreifen an Menschen und Geld nach sich ziehen kann.

2. Der Parteitag ist auch der Ansicht, daß eine Weltpolitik, die zur Einmischung führt, überall, wo in der Welt etwas los ist, nicht bloß nachteilige Rückschlüsse für den Handel mit dem Ausland, sondern auch Gefahren für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Machtstellung Deutschlands in Europa nach sich ziehen muß.

3. Der Parteitag glaubt überhaupt bei der Regierung eine außerordentliche Heberhebung der militärischen Mittel in ihrer Bedeutung für internationale Handelsbeziehungen wahrzunehmen, während die natürliche Förderung des friedlichen internationalen Verkehrs durch Handelsverträge und durch gegenseitige Verminderung der Zollschranken gerade infolge der gegenwärtigen Richtung der deutschen Handelspolitik überaus gefährdet erscheint.

Der Antrag richtet sich, wie man sieht, nicht prinzipiell gegen die kapitalistisch-militaristische Weltmachtspolitik, sondern nur gegen die besondere deutsche Karikatur in ihren schlimmsten Hebertreibungen. Für Prinzipien ist der Freisinn nicht mehr zu haben. Er kritisiert nur ein bißchen und vertritt — echt national-liberal — den Grundgedanken der goldenen Mitte, der Grundlosigkeit ist.

Der deutsche Handel. Die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen" entnimmt einer vom Handelsdepartement zu dem veröffentlichten Handelsstatistik die folgenden Angaben über die Entwicklung des deutschen Handels in den letzten Jahren:

	Gesamthandel	Export
Oesterreich-Ungarn	9	2
Rußland	5	9
Großbritannien	14	8
Frankreich	15	14
Amerikanische Union	20	89
Italien	23	17
Deutschland	23	27

Das bedeutet also, daß kein anderes Land eine so intensive und schnell fortschreitende Verflechtung seiner Volkswirtschaft in den Weltmarkt aufweist, wie das Deutsche Reich. Diese Tatsache findet denn auch ihren Ausdruck in der analogen Entwicklung unserer Handelsflotte. Hierüber hat der französische Nationalökonom Therry eine vergleichende Statistik für die letzten 25 Jahre aufgestellt. Danach stieg die Zahl der Dampfschiffe über hundert Tonnem in

Frankreich um	151 Proz.
Großbritannien um	239 „
Deutschland um	520 „

Während der gleichen Periode stieg der Gesamt-Tonnengehalt der Handelsflotte in

Frankreich um	37 Proz.
Großbritannien um	102 „
Deutschland um	185 „

Diese Ziffern beweisen nicht nur die günstigen Wirkungen der Handelsverträge von 1892, sondern auch die Tatsache, daß dieser gewaltige Aufschwung sich ohne Flotten- und Weltmacht-politik vollzogen hat. Mit den Anfängen der Weltmachtspolitik trifft vielmehr der wirtschaftliche Bruch zusammen.

Zimmer pflichtig. Auch in Schleswig-Holstein betreibt man jetzt unter anderem die Germanisierungspolitik auch dadurch, daß man die Güter dänischer Güter ankauf, um sie entweder an Deutsche zu verkaufen oder als Domänenland zu verwalten. So hat man unlängst ein großes Gut des Dänenfahrers Philipp Möller angekauft. Die betriebl. ausgekauften Protesten sind durch die profitable Geschäft wenigstens der Gefahr entzogen, ihre Dienstboten auszuweisen zu sehen. Als Rentiers haben sie auch ungleich mehr Zeit und Gelegenheit, sich der Agitation zu widmen als früher.

Judenstille Stockung in Sachsen. Durch die sächsische Presse geht folgende Korrespondenz aus Dresden:

Wie schwer es in der jetzigen Zeit den vom Militär entlassenen Mannschaften wird, Arbeit zu erhalten, davon geben die Nachfragen bei den königlichen und kommunalen Behörden nach Arbeit seitens dieser Mannschaften beredten Ausdruck. Ganze Trupps von Reservisten ziehen von Straße zu Straße und von Ort zu Ort, um Arbeit zu erhalten, und selbst diejenigen Mannschaften, die schon lange vor Beendigung der Dienstzeit Gesuche bei Behörden um Beschäftigung einreichten, können in den meisten Fällen nicht berücksichtigt werden. Die Bauhätigkeit liegt hier und in den großen Vororten fast gänzlich darnieder, und nur in seltenen Fällen gelingt es hier einem jungen Manne, Arbeit auf einem Neubau zu erhalten. Ueberall hört man von einer Einschränkung der Betriebe. Am meisten fühlbar ist dieser Umstand mit bei dem größten Verkehrsinstiute, der Eisenbahn. Dort fanden alljährlich zum Herbst Hunderte entlassener Reservisten für wiederum aus dem Eisenbahndienste zur Armee entlassene Arbeiter sofort Unterkunft und Verdienst; aber da die sächsische Staatsbahn-Verwaltung so gut wie gar keine Leute einstellt, da eine durchgreifende Vereinfachung des Betriebes stattgefunden hat, so ist auch diese Aussicht für die Reservisten zumächte gemacht worden. Dasselbe Bild zeigt sich auch in den privaten Betrieben — überall keine Arbeit. Im Hinblick auf die bevorstehende kalte Jahreszeit ist das recht sehr zu bedauern, aber Aussicht auf Besserung dürfte vor der Hand jedenfalls nicht zu erwarten sein.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die im Vorratsladenstil den Zehnmark-Geldbesitz, d. h. die Vernichtung unserer Export-Industrie fordert, weiß aus der schon jetzt kritischen Lage der sächsischen Industrie nichts als eine agrarische Ruhezugewinnung zu ziehen. Sie wundert sich nämlich nur darüber, daß die Behörden die Arbeit suchenden Industrie-Arbeiter nicht nach dem Lande dirigiert haben, wo sie mit offenen Armen aufgenommen würden. Die Industrie-Arbeiter würden doch sehr leichtsinnig handeln, wenn sie sich aufs Land schicken ließen, um während ein paar Wochen die mit bekannter Gewortigkeit bezahlten Ernte-Arbeiten zu verrichten, um dann für den bevorstehenden Winter mit so größerer Sicherheit der Erwerbslosigkeit preisgegeben zu sein. Die „Deutsche Tageszeitung“ ignoriert denn auch geflissentlich den Passus, daß vor der Hand keine

Aussicht auf Besserung vorhanden sei. Wollen die Herren Agrarier sich vielleicht das Verdienst erwerben, die industriellen Arbeitslosen auch für den Winter zu unterhalten, sie, die bei dem immer weiter um sich greifenden System der Saisonarbeit ohnehin schon im Winter alle entbehrlichen ländlichen Arbeitskräfte abtöten?! Sollte der Junterübermut wirklich eine ernstliche industrielle Krise heraufbeschwören, so würden sie es wahrhaftig nicht sein, die den Arbeitslosen Erwerbsgelegenheit geben!

Es wird weiter gekunkert. Die „Münchener Allgem. Ztg.“ bespricht den Bericht der Brüsseler Socialdemokraten auf die für Sonntag geplante Demonstration und sagt dabei, dieser sei erfolgt, „angeblich, weil sie (die Socialisten) sich nicht mit eventuellen anarchistischen Exzessen solidarisch machen wollten.“ . . . „Tatsächlich thaten sie es wohl, weil die Stimmung in der Bürger-schaft äußerst gereizt ist und die Repression jeder Feststellung schonungslos geübt worden wäre. Die Socialisten handelten durch den Bericht auf die Kundgebung im Interesse ihrer eignen Haut, das Volk hätte die Belästigung der Prinzessin fürchtbar geahndet.“

Wir haben schon gestern den Sachverhalt ausführlich dargelegt und wiederholen deshalb nur kurz: Der Bürgermeister hatte seinen Parteigenossen nahegelegt, es könnte bei der Demonstration eventuell zu Gewaltthatigkeiten kommen durch Leute (gemeint sind Anarchisten), mit deren Doktrinen die Socialisten ja selbst nicht einverstanden seien. Diese und andre Gründe veranlaßten das Stadtoberhaupt, an die Führer der Partei die dringende Bitte zu richten, die Kundgebung zu verschieben. Der Versatzung, daß es bei den zwei verschiedenen Demonstrationen — denn auch die beim Einzug beteiligten Massen demonstrieren gewissermaßen — durch den überall mitlaufenden Mob leicht zu Zusammenstößen hätte kommen können, konnten sich denn auch unsere Genossen nicht verschließen und lediglich deshalb unterließ die Kundgebung.

Noch niederrückiger ist die Darstellung eines konservativen Blattes, welches die große Begeisterung der Bevölkerung bei dem Einzug des prinziplichen Panors schildert und sagt, diese sei zu danken nicht zum mindesten der sinnlosen Herausforderung, welche die Banden des Nation du Peuple der Brüsseler Bevölkerung durch die Androhung einer Störung der Festlichkeiten ins Gesicht geschleudert hatten.“

Auch diese Schimpferei ist durch unsere gestrigen Feststellungen gründlich widerlegt.

Ausland.

Schweiz.

Neue Anarchisten-Ausweisungen aus der Schweiz. Aus Bern wird gemeldet: Sojournanten mitten im Frieden, d. h. ohne daß irgend welche begünstigte Vorzüge zur öffentlichen Kenntnis gelangt wären, die dazu hätten den Anlaß geben können, hat der Bundesrat neuerdings vier Anarchisten ausgewiesen. Von dem einen wird gesagt, er habe sich als „gefährlicher, zu Gewaltthatigkeiten geneigter Anarchist (er ist 20 Jahre alt) bemerkbar gemacht“. Und bezüglich der andern drei heißt es, „daß sie während ihres Aufenthalts in der Schweiz, namentlich im Laufe dieses Jahres, mit Wort und Schrift anarchistische Ideen propagiert haben“.

Jürich, 7. Oktober. (Sig. Ver.) Das vor einiger Zeit vom Kanton Genf erlassene Antistreibgesetz, das am 1. März 1900 in Kraft trat und das seinerzeit auch in diesem Blatte eingehend besprochen wurde, beschätzte jüngst das Bundesgericht in Lausanne. Da das für jeden konsequenten Socialdemokraten und Klassenbewußten Gewerkschaftler absolut unannehmbare Gesetz mehrwärtigerweise von einer Anzahl Socialdemokraten und organisierter Arbeiter acceptiert worden war, gelang es den Gegnern desselben nicht, die erforderliche Unterschriftenzahl für das Referendum-gebeten zusammen zu bringen, so daß es ohne die Vollabstimmung in Kraft gesetzt werden konnte. Dadurch nicht entmutigt, wandte sich der Genfer Arbeiterbund mit einem staatsrechtlichen Rekurs an das Bundesgericht in Lausanne, in dem er das Antistreibgesetz als einen Verstoß gegen die Bundesverfassung, speziell gegen die Bestimmungen betreffend das Vereinsrecht und die Pressefreiheit bezeichnete. Das Bundesgericht wies nun zwar den Rekurs ab, aber mit folgendem Vorbehalte: Wenn bei der Anwendung des Gesetzes durch die Genfer Behörden, was durchaus nicht ausgeschlossen ist, in einem oder andern speziellen Fall eine Verletzung des eidgenössischen Rechts, sei es einzelner Bestimmungen der Bundesverfassung oder des Obligationenrechts, begangen werde, so soll den in ihren Rechten Benachteiligten selbstverständlich das Rekursrecht an das Bundesgericht gewahrt bleiben.

Das ist ein sehr merkwürdiger Entscheid des höchsten schweizerischen Gerichtshofes, der das Genfer Antistreibgesetz gewissermaßen nur auf Zusehen, auf eine Probe hin, gelten läßt. Da wäre die ungewöhnliche Entscheidung, daß dasselbe in der That verfassungswidrig und daher abzuändern oder ad acta zu legen sei, ein würdigerer Justizakt gewesen. Die Entscheidung bedeutet aber trotzdem einen moralischen Erfolg für die Rekurrenten.

England.

Was der Abakspor kostet. Bereits im August beliefen sich die Kosten des Transvaal-Feldzugs für England auf 60 323 000 Pfd., also rund auf 1 400 000 000 M. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ berechnet die Gesamtkosten bis zur Beendigung des Kriegs auf 100 Millionen Pfund, also auf 2 000 000 000 M. Von anderer Seite werden die Kriegskosten jedoch weit höher angegeben. Wenn man die Summen, die unter andern Resorits verrechnet werden, hinzunimmt, so soll die Höhe der Kosten bereits jetzt die Summe von 3 000 000 000 M. erreicht haben.

Kein vernünftiger Mensch kann glauben, daß diese Milliarden durch die Annerzion und wirtschaftliche Ausbeutung der Boerenstaaten jemals wieder eingebracht werden könnten. Die Mineralvorkommen und Kriegsmaterialien-Lieferanten — unter denen bekanntlich mit in erster Linie auch die Familie Chamberlain figurirt — werden allerdings den goldenen Segen verspüren.

Ueber die bisherigen Wahlergebnisse liegen folgende Nachrichten vor: Durch die Wahlen am Montag gewannen die Liberalen zwei weitere Kreise: in Radcliffe und Carmarthen. Durch diese Erfolge wird die unionistische Mehrheit auf 138 herabgemindert. Im ganzen sind 327 Unionisten, 96 Liberale und 69 Nationalisten gewählt. Die „Daily Telegr.“ meldet, haben sämtliche Mitglieder des Kabinetts ihre Rücktrittsgesuche pro forma in die Hände des Premierministers niedergelegt, um jede etwa ins Auge gefasste Aenderung in der Zusammensetzung des Ministeriums zu erleichtern. Im wesentlichen dürfte aber an dem Charakter des Ministeriums nichts geändert werden, es wird auf jeden Fall ein „Kabinet Salisbury“ sein.

Frankreich.

Das Gesetz über das französische Kolonialheer ist, wie die „Voss. Ztg.“ zufolge Pariser Blätter meldet, vom technischen Komitee des Kriegsministeriums als praktisch undurchführbar bezeichnet worden.

Rumänien.

Der Zusammentritt des Parlaments ist am 8. Oktober mit einer von dem Ministerpräsidenten verlesenen Botschaft des Königs eröffnet worden. Die Kammer wählte den ehemaligen Ministerpräsidenten Cantacuzene zum Präsidenten. Der Ministerpräsident legte der Kammer einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Abtretung der Reineinnahme aus dem Cigaretten-, Papier-, Monopol zum Zweck einer Anleihe, ferner einen Gesetzentwurf über die Abänderung der Steuer für alkoholhaltige Getränke. Der Mehrertrag dieser Steuer wird auf 4 Millionen Lei jährlich geschätzt.

Amerika.

Revolten in Vortorio. Wie dem „New Yorker Herald“ aus San Juan gemeldet wird, kam es dort am Samstagabend zwischen den beiden Parteien der Republikaner und der Republikaner

zu Straßenkämpfen, die die Nacht über anhielten. Vier Personen wurden getötet, 20, darunter mehrere Polizisten, verwundet; die Verwundungen sind zum Teil schwer. Montag früh zogen bewaffnete Scharen in den Straßen umher; im ganzen Bezirk von San Juan bewaffnet sich die Bevölkerung und es wird weiteres Blutvergießen befürchtet, da die Polizei die Aufrührer nicht zu unterdrücken vermag.

Aus dem Regen unter die Traufe scheinen die Kubaner durch die „Besetzung“ seitens Amerikas gekommen zu sein. Dieser Tage wurden wieder Versammlungen abgehalten, in denen die angehefteten Politiker und Generale als Hauptredner auftraten. Sie führten aus, daß unter der spanischen Regierung das Land ausgebeutet worden sei, daß aber nimmer unter der amerikanischen Regierung die Ausbeutung eine noch weit größere sei. Wenn in dieser Beziehung keine Abhilfe geschaffen werde, so müßten die Kubaner in der nächsten Zeit wieder zu den Waffen greifen, um sich der amerikanischen Ausbeuter zu entledigen.

Afrika.

Aus Transvaal. Die Einschiffung Lord Roberts' nach England wird so bald noch nicht erfolgen. Wie es jetzt heißt, werde sich der Feldmarschall wahrscheinlich mit den ersten zurückkehrenden Truppen nach der Heimat begeben, das werde aber erst Ende November, Anfang Dezember sein; früher wurde schon einmal gemeldet, daß ein Teil der Truppen bereits eingeschifft sei. Aus Kapstadt wird berichtet: Wepener, Rougville und Ficksburg sind in den Händen von Boerenabteilungen, die augenscheinlich südwärts getrieben werden von den Engländern, welche eine Linie quer durch den Orange-Freistaat von der Bahnlinie bis zur Grenze Natal's ziehen. Es wird der Versuch gemacht, diese Boerenabteilungen zu umzingeln.

Delegiertenversammlung des schweizerischen Grütlivereins.

Basel, 7. Oktober.
Der schweizerische Grütliverein, bekanntlich der größte politische Verein in der Schweiz und zum größten Teil die organisatorische Grundlage der schweizerischen Socialdemokratie, hielt gestern und heute hier seine Delegiertenversammlung ab, die von 58 Sektionen und 73 Delegierten besucht war. Die Versammlung fand in der Aula eines der zahlreichen Schulpaläste Basels statt.

Aus dem für 1899 erstellten umfangreichen, gedruckten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verein Ende 1899 321 Sektionen mit 10 840 Mitgliedern zählte. Das Vermögen der Centralstelle beträgt 11 972 Franks. An 41 hilfsbedürftige Mitglieder entsandte das Centralkomitee 3898 Franks an Unterstützungen. Im Berichtsjahre nahm der Vereinssekretär, Genosse Rationalrat Bülshleger, eine Enquete betreffend die Revision des Fabrikgesetzes vor, wobei ihm insgesamt 395 Antworten zuzingen, wovon 3 von einzelnen Personen. Die sämtlichen Sektionen hatten Einnahmen von 149 189 Fr., Ausgaben von 137 999 Fr. und ein Gesamtvermögen von 236 217 Fr. Alle Sektionen zusammen haben in ihren Bibliotheken 44 490 Bände. Im Berichtsjahre hielten sie 349 Versammlungen mit Vorträgen ab, ferner 607 Diskussionsstunden und 7582 Unterrichtsstunden für Buchhaltung, französische und andre Sprachen, Verfassungen- und Gesetzkunde, Deklamationen und Theater, Turnen und Gesang, Musik etc. Die Buchdruckerei des Vereins in Jürich hatte bei einem Umsatz von 100 890 Fr. einen Reingewinn von 5830 Fr. Sie beschäftigt durchschnittlich 44-46 Personen bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit, den höchsten Löhnen und mancherlei andern Erleichterungen. Die Buchhandlung des Grütlivereins, ebenfalls in Jürich, hatte bei 30 000 Fr. Umsatz einen Reingewinn von 2744 Fr.

Die Delegiertenversammlung genehmigte alle diese Berichte ohne Debatte.

Die zwei wichtigsten Verhandlungsgegenstände der Delegiertenversammlung waren die Doppelinitiative und die Kranken- und Unfallversicherung. Zu beiden Gegenständen legte das Centralkomitee Resolutionen vor, die als Referent Genosse Bülshleger vertrat. Die Resolution betreffend die Doppelinitiative lautet:

In Erwägung, 1. daß die Bewegung für die Doppelinitiative hauptsächlich vom Schweiz. Grütliverein ausgegangen ist und den wahrhaft freisinnigen und demokratischen Grundgedanken, denen der Verein von jeher gebuldet, vollkommen entspricht; 2. daß das im Volke stark verbreitete, zum guten Teil berechtigte große Mißtrauen gegen die Bundesbehörden und ihre gelegentlichen Verlässe nur durch eine gerechtere Zusammenfassung der Volkserhebung und direkte Volkswahl der Bundesregierung beseitigt oder doch erheblich vermindert werden kann; 3. daß ohne Beseitigung und erhebliche Abschwächung jenes Mißtrauens die Bundesgesetzgebung lahmgelagt und jeder große Fortschritt auf dem Gebiet der eidgenössischen Politik sozusagen unmöglich ist; 4. daß die Doppelinitiative demgemäß nicht allein hervorragende formalpolitische, sondern auch große socialpolitische Bedeutung hat und ihr Sieg die notwendige Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung des schweizerischen Staatswesens ist, beschließt die Delegierten-Versammlung: I. Alle Sektionen und Mitglieder des schweizerischen Grütlivereins werden bei Vereinstreue aufgefordert, für die Annahme der beiden Initiativebegehren betreffend proportionale Wahl des Nationalrats und Volkswahl des Bundesrats in der Volksabstimmung ihre ganze Kraft einzusetzen. II. Das Centralkomitee wird ermächtigt, dem schweizerischen Aktionskomitee für die Doppelinitiative zur Deckung seiner Agitationskosten einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Genosse Bülshleger bezeichnete dieselbe als eine notwendige formelle Kundgebung der Delegiertenversammlung und empfahl sie zur Annahme. Darüber entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. Die Berner Delegierten beantragten einen Zusatz, der für den Fall der Verwerfung der Doppelinitiative die Obstruktions-Politik in Aussicht nehmen wollte. Die meisten Redner, darunter auch Bülshleger, sprachen sich dagegen aus tatsächlichen Gründen aus. Speziell Bülshleger führte zutreffend aus, daß die Parteien in Bezug auf die Doppelinitiative ihre Positionen bereits bezogen haben und hierin die Drohung mit der Obstruktion nichts ändern würde. Diese Drohung ist übrigens bereits in unserer Presse und in untern Versammlungen ausgesprochen worden und es ist sicher, daß manchen Mitgliedern der radikalen Partei, die schon längst zum Sammelpunkt aller konservativen, arbeiterfeindlichen, antidemokratischen und reaktionären Elemente geworden, ob dieser Perspektive nicht mehr geheimer ist. Für den Ausgang der Volksabstimmung vom 4. Novbr. ist entscheidend, daß der letzte unserer Genossen seine Pflicht thut. Zum Uebergang zur Obstruktion ist dann Zeit, wenn die Doppelinitiative verworfen würde, woran er aber gar nicht glaube, da er im Gegenteil den Sieg derselben erhoffe. Sollte aber die Doppelinitiative wirklich verworfen werden, dann Kampf bis aufs äußerste gegen das herrschende radikale System, um es entweder zu Falle oder zu Verstand zu bringen. Schließlich wurde noch folgende Resolution, außer derjenigen des Referenten angenommen: „Die Delegiertenversammlung tritt nur deshalb heute nicht auf die Berner Anträge ein, weil erst nach einem allfälligen verwerfenden Volksvotum vom 4. November der richtige Zeitpunkt ist, über das weitere Verhalten gegenüber der Bundesgesetzgebung definitiv Beschluß zu fassen. Sie erklärt jedoch, daß sie mit den Grundgedanken der Berner Anträge einig geht und konstatiert, daß die brutale Ausschließlichkeit der herrschenden radikalen Partei in der socialdemokratischen Arbeiterschaft eine hochgradige Erbitterung erzeugt hat, für deren etwaige Folgen die volle Verantwortlichkeit auf das freisinnige System fällt.“

Bezüglich der Versicherungsabstimmung wurde folgende Resolution beantragt:

In Erwägung: 1. daß nach der Volksabstimmung vom 20. Mai dieses Jahres in absehbarer Zeit an eine staatliche Krankenversicherung auf dem Boden des Obligatoriums in Rumde nicht zu denken ist; 2. daß die gegenwärtig unter der Haftpflichtgesetzgebung stehende Arbeiterschaft zu einer Aufhebung oder Revision dieser Gesetzgebung und zur Einführung einer staatlichen Unfallversicherung nur dann Hand bieten wird, wenn sie dadurch für sich keinerlei Ver-

Schlechterung des jetzigen Zustands zu befürchten hat; 3. daß es jedoch unter allen Umständen Aufgabe des Bundes ist, die Kranken- und Unfallversicherung zu unterstützen, des fernern auch eine Unterstützung der Alters- und Invalidenfürsorge in Aussicht zu nehmen; 4. daß eine zunehmende Verwendung von Bundesgeldern für weniger notwendige und minder nützliche Dinge zu befürchten ist, wenn nicht bald die regelmäßige Ausweisung eines Teils der Bundeseinnahmen für die unter Ziffer 3 genannten Zwecke gesetzlich festgelegt wird; 5. daß eine zweckmäßigere Regelung der Unfallversicherung und insbesondere eine Ausdehnung derselben auf weitere Kreise durch die Bundesgesetzgebung in nicht zu ferner Zeit möglich erscheint, daß hingegen eine erspriessliche Organisation der Krankenversicherung auf möglichst einfacher und demokratischer Grundlage unter den gegebenen Verhältnissen am ehesten von der Freiwilligkeit, den Kantonen und den Gemeinden, oder von einem Zusammenschluß aller drei Faktoren zu erwarten ist, beschließt die Delegiertenversammlung: I. Das Centralkomitee möge bei den Bundesbehörden dahin wirken, daß der bestehende Versicherungsfonds regelmäßig weiter geführt wird. II. In Zustimmung zu dem oben erweiterten Centralkomitee am 22. Juli d. J. gefaßten Beschlüssen wird das Centralkomitee beauftragt: a) seine Unterhandlungen mit Krankenkassen-Verbänden für eine Bewegung zu Gunsten der finanziellen Unterstützung der auf Freiwilligkeit beruhenden freiwilligen Krankenversicherung durch den Bund fortzusetzen; b) über eine bessere Regelung und Ausdehnung der Unfallversicherung durch die Bundesgesetzgebung unter voller Wahrung der Interessen der unter der Verpflichtung-Gesetzgebung stehenden Arbeiterschaft und Beteiligung der Arbeiter bei der Verwaltung, Untersuchungen anustellen und Vorschläge auszuarbeiten. III. Das Centralkomitee erhält den Auftrag, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob und wenn ja, in welcher Weise die unentgeltliche Krankenpflege (ärztliche Behandlung und Heilmittel) wenigstens für gewisse Klassen der Bevölkerung durch die Kantone und Gemeinden mit finanzieller Unterstützung des Bundes eingerichtet werden könnte.

In längerer Rede begründete Wollschlegler die Resolution, die unter den obwaltenden Umständen einen gangbaren praktischen Weg weist, auf dem etwas erreicht werden könne und er empfahl dieselbe zur Annahme. Einen andern Standpunkt vertrat Genosse Greulich, der von den Subventionierungen nichts wissen will, da sie für die Krankenkassen selbst, welche darauf Anspruch erheben und eine solche auch erhalten würden, die schlimmsten Konsequenzen haben würden. Er hält nach wie vor fest an dem Gedanken der gesetzlichen unentgeltlichen Krankenpflege mit Bundesmitteln und er fand dabei die Unterstützung des Gemeinderats Müller-Bern, Bezirksrichters Lang-Jürich, Advokaten Altvater-Luzern, Jraggen-Bern, von Seidel-Jürich und andern. Es wurde schließlich fast einstimmig Littera b des II. Teils der Resolution abgelehnt und sodann deren übriger Teil angenommen.

Am 12 Uhr heute mittag waren die Verhandlungen beendet und die Versammlung vom Centralpräsidenten End-Luzern geschlossen.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In Leipzig starb am Sonntag früh der Schriftführer Paul Gähler. Der Verstorbene war schon in den letzten Jahren des Socialistengesetzes für die Partei thätig und zuletzt Vertrauensmann im 12. sächsischen Reichstags-Wahlkreis, bevor dessen Organisation umgeändert wurde.

Der Chemnitzer Parteigenosse Mag. Berger, früher Schloffer, jetzt Versicherungsagent, verstarb Freitagabend ganz unerwartet im Stadtkrankenhaus zu Leipzig. Er war einer der Gründer des jetzigen Socialdemokratischen Vereins für Chemnitz und Umgebung und hat ihm seit der Gründung im Jahre 1892 als Vorstandsmittglied, längere Zeit als erster Kassierer, angehört.

In Bremen starb am Freitag der Gastwirt Hr. W. Fried, der in den sechziger Jahren der Partei sehr wesentliche Dienste leistete. Er war 1843 in Witten a. Ruhr geboren, erlernte die Färberei und wurde Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. 1873 kam er als bester ständiger Agitator nach Bremen und entfaltete hier und in ganz Nordwestdeutschland eine sehr lebhaft und erfolgreiche Thätigkeit. Seine fesselnde, schlagfertige und volkstümliche Rede-gewandtheit sind noch jetzt in diesem Gebiete unvergessen. Dem Gothaer Einigungskongress und den übrigen deutschen Parteikongressen vor dem Socialistengesetz gehörte er als Delegierter an. Von 1874 bis 1881 war er Reichstags-Kandidat für Bremen. Die verantwortliche Redaktion der in Bremen 1876-1878 erscheinenden „Freien Zeitung“ lag in seinen Händen; die Redaktion brachte ihm 1878 wegen Senatsbeleidigung eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten ein. Die Fortführung der Organisation durch das Socialistengesetz zwang ihn, sich eine neue Existenz zu gründen. Er errichtete eine Gastwirtschaft und übernahm 1883 ein Auswanderercolleg. Damit war seiner Thätigkeit für die Partei vollends ein Ziel gesetzt. Er trat nicht wieder öffentlich hervor. In den letzten Jahren erblindete er hochgradig. Einer Kopffrose ist er jetzt im Alter von 57 Jahren erlegen. Unser Bremer Parteiorgan gedenkt der großen Dienste, die er namentlich der Bewegung in Bremen ordnend und ausbreitend in den sechziger Jahren geleistet hat.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die **Stuccateure Berlin und Umgebung** nahmen gestern in einer nach Cohns Festhalten einberufenen, stark besuchten öffentlichen Versammlung Stellung zur Ausperrung durch die Unternehmer. Der Vertrauensmann Paschütz bemerkt im Eingang seiner Berichterstattung, daß die Antwort auf die Ausperrung in der einstimmig angenommenen Resolution der letzten Versammlung enthalten sei. Die Unternehmer hätten inzwischen den „Arbeitswilligen“ außerordentlich hohe Accordlöhne geboten. Aber trotzdem hätten die paar Streikbrecher die Arbeit ebenfalls niedergelegt und augenblicklich sei das Streikgebiet vollkommen frei.

Der Geist unter den Ausständigen sei vorzüglich, die Lage der Unternehmer werde mit jedem Tage kritischer und unhaltbarer. Im Ausstand befinden sich im ganzen 229 Kollegen; bewilligt haben 6 Firmen.

Nach der lebhaften und ausgedehnten Diskussion teilte der Vorsitzende der Versammlung mit, daß eben ein Schreiben der Unternehmer-Vereinigung eingegangen sei, in welchem die Vertreter der Arbeiter zu Unterhandlungen mit ihnen auf Mittwochmittag eingeladen werden. Es wird beschlossen, die Beantwortung dieses Schreibens der Lohnkommission zu überlassen. Ferner beschloß die Versammlung, an dem in der letzten Versammlung gefaßten Beschluß unverzüglich festzuhalten, auf die Lockungen der Unternehmer nicht einzugehen, sondern die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis seitens der Lohnkommission der Streik resp. die einzelnen Sperren für aufgehoben erklärt sind. Ferner: Es verpflichten sich die arbeitenden Kollegen, zur Unterstützung der Ausperrten und Streikenden eine Extrasteuer von 50 Pf. pro Tag zu entrichten. Diese Steuer ist durch den von den Kollegen der jeweiligen Firma gewählten Deputierten des Sonnabends einzuziehen.

Unter der **Censur des Fabrikpachtes**. In der Buchbinderei von W. Hammerer wurde den Arbeitern ein Arbeitszettel vorgelegt, der unter andern folgende „Spezielle Bedingungen“ enthält: „Verweigerung der Arbeit, Ruhe, Ordnung und die Arbeit störendes Betragen, Mitteilungen über Geschäftsangelegenheiten an andre Personen, Agitation, sowie das Lesen des „Vorwärts“ oder ähnlicher Zeitungen und Schriften berechtigen jederzeit zu sofortiger Entlassung.“

Dieses Schriftstück wurde den Arbeitern, jedem einzeln, zur Unterschrift vorgelegt. Es ist nicht näher angegeben, wie weit der Begriff der dem „Vorwärts“ ähnlichen Zeitungen und Schriften geht und ob auch das Lesen des Gewerkschaftsorgans damit gemeint ist. Jedenfalls ist dieses Vorgehen ein Eingriff in die persönliche Freiheit der Arbeiter seitens der Firma, der ganz energig abgelehnt werden muß. So wenig wie der Arbeit-

geber dem Arbeiter vorschreiben kann was er in den Pausen essen soll, so wenig hat er auch das Recht, ihm das Lesen bestimmter Schriften zu verbieten. Leider hat ein Teil des Personals sich verleiten lassen, das Circular zu unterschreiben. Die Angelegenheit ist dem durch die Leipziger Konferenz eingesetzten Schiedsgericht übergeben worden.

Deutsches Reich.

Die **Düsseldorfer Centrumpartei** hat wieder ihre Arbeiterfeindlichkeit offen dargehen. Bei den Gewerbe- und Wahlkreisen hat sie nach einem mit den perfidesten Mitteln geführten Wahlkampf die dortigen Gewerkschaften aus den Werkstätten herausgedrängt. Die neuen Centrums-Beisitzer hatten sodann nichts eiligeres zu thun, als sich den Sieg möglichst lange zu sichern. Auf den Wunsch der Beisitzer hat die Gemeindeverwaltung die Wahlperiode von 2 auf 6 Jahre verlängert.

Bei der **Gewerbegerichtswahl in Altschaffenburg** siegte trotz aller gegenwärtigen Anstrengungen die socialdemokratische Liste.

Zu einer **importanten Protestkundgebung**, an der sich die Gewerkschaften, die Gewerbevereine und die christlichen Gewerkschaften liberaleinstimmend zusammenschlossen, kam es am Sonntag in einer Versammlung der Gewerkschaften in Mannheim. In der Gasmotorenfabrik von Benz u. Co. waren in letzter Zeit fortgesetzt organisierte Arbeiter, unter andern auch Mitglieder des Fabrik-Ausschusses, angeschlossen worden. Als Grund für diese Maßnahmen konnte man nur annehmen, daß der Fabrikleitung die Beschwerden des Ausschusses unangenehm würden, weshalb man die Beschäftigten, langjährige in der Fabrik beschäftigte Arbeiter, endlich durch rücksichtslose Vorgehen der Firma hatte die Arbeiter auf höchste erstickt und deshalb wies die zur Sache einberufene Versammlung der Gewerkschaften eine über Erwarten zahlreiche Beteiligung auf. Die Differenzen zwischen den einzelnen Organisationen waren vergessen, alle Redner erklärten, daß gegen diese Gewaltmaßnahmen alle zusammenstehen müssen. Ein Redner der Gewerbevereine bemerkte in seinem Unmut:

Er bekenne offen, daß er in der Konferenz mit der Leitung der Fabrik Benz u. Co. den Glauben an die Möglichkeit eines Zusammengehens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den er 20 Jahre lang gepredigt, gründlich eingebüßt habe. Die Firma Benz u. Co. habe bisher in dem Ruße gestanden, noch eine der humansten zu sein. Wenn derartige am grünen Holz passiere, was sei da vom Dürren zu hoffen.

Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Arbeiter einmütig gegen diese Mißregelungen protestierten.

Der **Anschluß der Arbeiterchaft Elsaß-Lothringens an die gewerkschaftlichen Centralorganisationen Deutschlands** hat mit der dieser Tage erfolgten Auflösung des Metallarbeiter-Verbands ein selbständige Organisation einen bedeutungsvollen Schritt nach vorwärts gemacht. Das Bestehen zweier gewerkschaftlicher Vereinigungen am Plage hatte zu allerhand Mißständen geführt und schließlich in der lokalen Organisation den Antrag gezeitigt, diese zu Gunsten der Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbands aufzulösen und nur noch als Unterstützungsverein weiter bestehen zu lassen. In der entscheidenden Versammlung wurde unumwunden zugestanden, daß ein lokaler Fachverein niemals das zu leisten imstande sei, was der deutsche Verband biete; dagegen seien die Vorurteile der reichsständischen Arbeiterschaft gegen diesen noch zu groß und die dort verlangten Beitragsleistungen zu hoch, als daß sich der Antrag jetzt schon verwirklichen lasse. Von der andern Seite wies man auf die glänzenden Erfolge des deutschen Verbands hin, der heute bereits 100 000 Mitglieder zähle und die nahezu 6000 in Hamburg ausgesperrten Kollegen seit Wochen ohne Entlohnung und Sammelstellen zu halten vermochte. Die gegenseitige Bekämpfung, wie sie bisher in Mißhausen zwischen den beiden Organisationen an der Tagesordnung gewesen, müsse aufhören und anstatt dessen ein Zustand geschaffen werden, bei dem ohne diese Nebenberien unter den Metallarbeitern thätig agitiert und organisiert werden könne. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution votiert, derzufolge der lokale Fachverein der Metallarbeiter in Mißhausen, um der Centralorganisation in Zukunft nicht mehr hinderlich zu sein, die Agitation als gewerkschaftliche Organisation einstellt und vom Gewerkschaftsartikel zurücktritt.

Wie bekannt, haben auch die Buchdrucker sowie die Textilarbeiter Elsaß-Lothringens besondere Landesorganisationen. Der Verband der ersteren steht zur allgemeinen deutschen Buchdrucker-Organisation in einem gegenseitigkeitsverhältnis, das seitens der Textilarbeiter auch für ihren Verband angestrebt wird.

Sociales.

Handwerkbesend. Wie wenig selbst auf dem Lande der handwerkliche Betrieb seine Existenz erhalten kann, zeigt eine Bemerkung in dem vor kurzem erschienenen Bericht der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekommission für 1899. Es heißt da: „Jeder der bei der Velleidungsgenossenschaft (Zunung) in Zistersdorf einberleibete Schuhmacher betreibt noch einen andern Beruf; zwei sind Landwirte, je einer Briefträger, Kuchenselner, Laternenanzünder, Kuchelfer beim Möbeltransportieren bezw. Jäger.“

Die **Zustände in den Bäckereibetrieben** scheinen der Behörde nun doch Anlaß zu geben, weiter durch Bundesratsverordnung auch über sanitäre Anforderungen in Backstuben und Lagerräumen gewisse Vorschriften zu erlassen. Befamlich sind vor kurzem amtliche Ermittlungen über die Zustände in den Bäckereien unternommen, das Ergebnis dieser Umfrage bestätigt nach einem Erlaß des preussischen Handelsministers Bresfeld, daß in vielen Bäckereien erhebliche Mißstände hinsichtlich der Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeits- und Betriebsräume herrschen und auf den Erlaß weiterer reichsgesetzlicher Bestimmungen neben den Vorschriften der Verordnung des Bundesrats betreffend den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien Bedacht zu nehmen sei.

Die Aufsichtsbehörden werden gegenwärtig um ihr Urteil angegangen, ob bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse allgemein gültige Vorschriften erlassen werden können. Ueber die Art der Vorschriften wird folgendes bemerkt:

1. Dafür, daß ähnliche Mißstände wie in den Bäckereien auch in den Konditorien bestehen, in denen neben den Konditorwaren auch Bäckereiwaren hergestellt werden, bieten die bisherigen Ermittlungen nur vereinzelte Anhaltspunkte. Zuerst erscheint es mit Rücksicht darauf, daß auch in diesen Betrieben die Lesen vielfach im Keller liegen, und daß die Betriebsverhältnisse der „gemeinlichen“ Konditorien denjenigen der reinen Bäckereien sehr ähnlich sind, vorläufig rasch, die Bestimmungen auch für diejenigen Konditorien zu erlassen, welche Konditorwaren und Bäckereiwaren herstellen. Für eine solche gleichmäßige Behandlung beider Arten von Betrieben spricht zudem auch die Rücksicht auf die Konkurrenz, die hinsichtlich mancher Waren zwischen den Bäckern und Konditorien besteht.

2. Es ist davon abzugehen, über das Mindestmaß der Breite und Höhe der Fenster und der öfningfähigen Fensterfläche Bestimmungen zu treffen oder die Festsetzung solcher Maße durch die höheren Verwaltungsbehörden ausdrücklich vorschreiben. Nach der Absicht des Entwurfs sollen die in dieser Beziehung in den einzelnen Bezirken etwa bestehenden Vorschriften nicht berührt werden. Ebenso soll auch für die Zukunft das Recht der zuständigen Behörden, die Frage im polizeilichen Wege zu regeln, unberührt bleiben.

3. Die Bestimmungen über die Beschaffenheit und Einrichtung der den Gelehen und Lehrlingen vom Arbeitgeber angewiesenen Schlafräume werden im Wege einer auf Grund des § 120a Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung zu erlassenden Verordnung des Bundesrats nur getroffen werden können, wenn diese Räume nach den eigenartigen Verhältnissen im Bäder- und Konditorgewerbe als Arbeitsräume im Sinne des § 120a des Gesetzes angesprochen werden können. Indem in dieser Beziehung auf das Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts vom 15. November v. J. und die vielfach — so insbesondere auch gelegentlich der letzten Ausstandsbewegung der Berliner

Bädereigenen — von den Unternehmern aufgestellte Behauptung verwiesen wird, daß die Unterbringung der Gelehen und Lehrlinge beim Meister mit Rücksicht auf die Eigenart des Bäckereibetriebs zur ordnungsmäßigen Durchführung des Betriebs unerlässlich sei, bedarf es der Erörterung, ob es nach den Verhältnissen der einzelnen Bezirke geboten erscheint, die vom Meister gewährten Schlafräume der Gelehen und Lehrlinge als Arbeitsräume im Sinne des § 120a der Gewerbe-Ordnung anzusehen.

Zur Berichterstattung vom Parteitage

waren gestern sechs Parteiversammlungen in Berlin einberufen, die sämtlich bis auf den letzten Platz besetzt und namentlich auch von Frauen stark besucht waren. Das Hauptinteresse konzentrierte sich naturgemäß auf die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen. Der diesbezügliche Parteitagbeschluss rief teilweise recht heftige Debatten hervor.

Im Nachstehenden geben wir die uns zugegangenen kurzen Berichte wieder, indem wir uns vorbehalten, ausführlicher in der morgigen Nummer zu berichten.

Die **Parteigenossen des ersten Kreises**, die in den „Arminshallen“ tagten, wählten Hr. Bohm und G. Seiler als Vertrauensmänner. In die Prehkommission wurden A. Zäterow und O. Schenck, in die Lokalkommission F. Lucht und Thierfeld und in die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg A. Schuster delegiert. Als Revisoren wurden die Genossen Fischer, Strelow und Woldl gewählt. Die Versammlung, die sehr ruhig verlief, erklärte sich schlüssig mit den Beschlüssen des Parteitags und der Thätigkeit ihrer Beauftragten einverstanden.

Im **zweiten Wahlkreis** ergaben die Wahlen nach den Berichterstattungen der Vertrauensleute, der Prehkommission, der Lokalkommission und der Agitationskommission folgendes Resultat: Zu Vertrauensleuten wurden gewählt: Scholz und G. Schmidt, zu Mitgliedern der Lokalkommission Wilh. Rewes, Gustav Lehmann, und zu Mitgliedern der Prehkommission Köderitz und Coblenzer. In die Agitationskommission wird Ziel gewählt.

Nach den Wahlen findet noch die Berichterstattung von der Brandenburger Provinzialkonferenz und dem Mainzer Parteitag statt.

Die **Parteigenossen des dritten Wahlkreises** tagten bei Möhring in der Admiralstraße. In Vertrauensstellen wurden berufen: Genosse Hoch als Vertrauensmann, die Genossen Pahl und Ladewig als Mitglieder der Prehkommission, die Genossen Bier und Hinz als Mitglieder der Lokalkommission, die Genossen Dimmid als Mitglied der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg und die Genossen Schulz, Jacob und Ladewig als Revisoren. An den Bericht der Delegierten vom Parteitag schloß sich eine Diskussion über die Beteiligung an den Landtagswahlen. Der fragliche Beschluss wurde von verschiedenen Rednern mißbilligt. Alle waren jedoch der Meinung, daß nach dem Beschlusse zu handeln sei.

Der **vierte Wahlkreis**. Die Versammlung nahm die Berichte der Vertrauensleute, der Preh- und der Lokalkommission ohne wesentliche Debatte entgegen. Darauf wurden folgende Wahlen vollzogen: Vertrauensleute: Benzels und Franke (Osten), Böhm und Loigt (Südosten). Mitglieder der Prehkommission: Schneider (Osten), Paul Hoffmann (Südosten), der Lokalkommission: Blume und Kalle (Osten), Karl Scholz, Hadelbusch und Sebler (Südosten). In die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg wurden Wasewig (Osten) und Jöbel (Südosten) gewählt. Mit dem Amt der Revisoren betraute man die Genossen Kunert, Wächner, Döring (Osten) Berlin, Jenich und Erbe (Südosten). Für den Südosten wurde eine Zeitungskommission eingesetzt, bestehend aus den Genossen Jesche, Spillner, Muehs. Hierauf folgten die Berichte der Delegierten von der Brandenburger Provinzialkonferenz und vom Mainzer Parteitag.

In der gut besuchten Versammlung der Genossen des **fünften Wahlkreises** wurden, nachdem die verschiedenen Vertrauensleute ihre Berichte erstattet hatten, die folgenden Genossen gewählt: als Vertrauensleute: Reul und Sarolle; in die Prehkommission: Roth und Friedländer; in die Lokalkommission: Spät und Wilh. Schulz; in die Agitationskommission der Provinz Brandenburg: Köpfe. Darauf erstattet Genosse Köpfe den Bericht vom Parteitag, woran sich eine längere Diskussion anschließt. Der vorgeschrittenen Zeit wegen wird der Bericht von der Brandenburger Parteikonferenz vertagt.

Die **Parteigenossen des sechsten Kreises** waren im Kößliner Hof versammelt. Die ersten Punkte der Tagesordnung: Bericht des Vertrauensmanns, Bericht der Prehkommission und der Lokalkommission, wurden abgelezt und sollen nach der Reichstags-Eröffnung erledigt werden. Als Delegierter der Brandenburger Parteikonferenz referierte Werth. Ueber den Verlauf und die Beschlüsse des Mainzer Parteitags referierten Kiesel und Eugen Ernst. In der Diskussion, die sich hieran schloß, sprachen sich alle Redner gegen den Beschluss betreffs Beteiligung an der Landtagswahl aus, betonten aber gleichzeitig, daß nunmehr die Minorität die gefaßten Beschlüsse zu achten habe. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitags einverstanden, wünscht allerdings eine andre Lösung der Landtagsfrage. Ein Zusatz zu dieser Resolution, welcher die Erwartung ausdrückte, daß, wenn die Wahlbeteiligung sich nicht bewährt, die Besatzmächte der Beschlüsse herbeiführen helfen werden, wurde abgelehnt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Rigsdorf. Die Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordneten-Erstaahl für die durch den Spruch des Ober-Verwaltungsgerichts aufgehobenen Genossen hatte gestern abend eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung vorgenommen. Der große Gropfische Saal war völlig überfüllt. Nach Absetzen der Genossen Dr. Silberstein und Reperant, die einen kritischen Streifzug durch jene Sorte Kommunalpolitik darstellten, die dem Proletariat alles nimmt, der Bourgeoisie gegenüber aber im Geben nicht müde wird, wurde beschlossen, daß, um Zeit zu gewinnen, in allen sieben zur Wahl stehenden Bezirken derselbe Kandidat aufgestellt wird. Dieser möchte sich dann in dem Falle, daß er in allen Bezirken gewählt wird, für einen derselben entscheiden, was eine abermalige Wahl in den übrigen zur Folge hätte. — Als Kandidaten in diesem Sinne wurde schließlich der Hausbesitzer, Genosse Hennig, Friedelstr. 3, nominiert. — Nach einigen kurzen begeisterten Worten des Vorsitzenden wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den endlichen Sieg geschlossen.

China.

London, 9. Oktober. Das Amerische Bureau erzählt aus Peking unter dem 6. d. M.: Prinz Tsching hat vom Kaiser ein vom 1. d. M. datiertes Edikt erhalten als Antwort auf die Denkschrift Tsching, in welchem dieser im Namen der Gesandtschaft den Rat erteilt, der kaiserliche Hof solle nach Peking zurückkehren. Der Kaiser erklärt in dem Edikt, er werde nach Peking zurückkehren, sobald die Verhandlungen eine günstige Wendung nehmen. In dem Edikt heißt es ferner, es bedürfte eines festeren Nachhobers, um der vielen geschlossenen Handlungen von Chinesen in Peking Herr zu werden.

London, 9. Oktober. (S. T. B.) Das Kriegsamt hat einen Armeebefehl erlassen, durch welchen die Hauptmasse der beim Ausbruch des sudafrikanischen Krieges einberufenen Militärgruppen entlassen wird.

Sozialistische Presse Deutschlands.

IV. Quartal 1900. Central-Organ. „Vorwärts“ Berliner Volksblatt, Beuthstr. 2, SW. 19 Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„Die Neue Zeit.“ Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Buchhändlerstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

- Altenburg „Altenburger Volkszeitung“ Kunstgasse 12.
Bautz „Norddeutsches Volksblatt“ Neue Wilhelmshavenstr. 38.
Bielefeld „Volksblatt“ Schulstr. 20.
Bonn „Volksblatt“ Johannisstr. 10.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung, Märkisches Volksblatt“, St. Annenstr. 33.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Höhe 4.
Bremen „Bremser Bürger-Zeitung“ Dankenstr. 21/22.
Bremen „Norddeutsche Volksstimme“ Am Markt 6.
Breslau „Volksblatt“ Neue Graupenstr. 6.
Cassel „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ Hörsingstr. 2.
Chemnitz „Volksstimme“ Herrstr. 14.
Dresden „Volksblatt für Sachsen“ Falkenbühlstr. 5.
Düsseldorf „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ Westendweg 120.
Darmstadt „Westfälische Volksstimme“ Südenscheid, Pöhlstr. 7.
Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Zwingerstr. 22.
Düsseldorf „Sächsischer Volksfreund“ Zwingerstr. 22.
Düsseldorf „Niederdeutsche Volksstimme“ Graf Adolphstr. 43.
Eberfeld-Barmen „Freie Presse“ Friedrichstr. 37.
Erfurt „Arbeiter-Zeitung“ Füllstr. 7 p.
Essen „Der Arbeiter“ Verlagsgelände 9.
Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Hirschgraben 17.
Halle „Haller Bürger-Zeitung“ Köhlerstr. 95.
Hera „Neuzeitliche Tribune“ Alte Schloßgasse 11.
Hildesheim „Hildesheimer Volkszeitung“ Höhegasse.
Hildesheim „Volkszeitung“ Batenstr. 37.
Hülse a. S. „Volksblatt für Halle“ Geißstr. 21.
Hamburg „Hamburger Echo“ Hr. Theaterstr. 44.
Hamburg „Volksblatt“ Großer Schipholer 4 p.
Hannover „Volksstimme“ Burgstr. 9.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Forenstr. 23.
Karlsruhe „Volksfreund“ Werberplatz 31.
Kiel „Schleswig-Holstein'sche Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung“ St. Agatha 3.
Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Tauchaerstr. 19/21.
Ludwigshafen „Rheinische Post“ Eggersdammstr. 10.
Lübeck „Lübecker Volksblatt“ Johannisstr. 50.
Lüneburg „Lüneburger Volksblatt“ Schöderstr. 11.
Magdeburg „Volksstimme“ Jakobstr. 49.
Mann „Manninger Volkszeitung“ („Heilliche Volksstimme“) Margarethenstraße 13.
Mannheim „Volksstimme“ R. 3, 14.
München „Mündener Post“ Sendlingerstr. 4 I.
München „Rheinische Tagespost“ Luisenplatz 9.
Offenbach „Offenbacher Arbeiter-Zeitung“ Große Marktstr. 26.
Rostock „Medienburgische Volkszeitung“ Poppenmarkt 19.
Saalfeld „Saalfelder Volksblatt“ Rosmaringasse 15.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

IV. Quartal 1900. Dreimal wöchentlich erscheinend. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“, Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

- München „Mündener Volksblatt“ Rindfleischstr. 14.
Grefeld „Niederdeutsche Volksstimme“ Breitestr. 44.
Halle „Haller Volksblatt“ Knechtelstr. 12.
Stuttgart „Schwäbische Volksstimme“ Stiftshausgasse 5.
Zwickau i. S. „Sächsisches Volksblatt“ Richardstr. 15.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

- Augsburg „Augsburger Volkszeitung“ H. 352.
Breslau „Die Wahrheit“ Neue Graupenstr. 5/6.
Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt“ Koppelstr. 6.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Eulengebirge“ Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.
Zaalfeld „Thüringer Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Rosmaringasse 7.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

- Bautz „Die Nord-Bautz“ Neue Wilhelmshavenstr. 38.
Berlin „Gazeta Robotnicza“ Stralauerplatz 21.
Braunschweig „Der Landbote“ Höhe 4.
Breslau „Wahrheit“ Neue Graupenstr. 5/6.
Cassel „Der Wegweiser“ Hörsingstr. 2.
Dresden „Der arme Teufel“ Falkenstr. 10.
Essen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Kirchenplatz 11.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Bakenstr. 37.
Halle „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) St. Agathe 3.
Stuttgart „Schwäbischer Volksfreund“ Buchhändlerstr. 12.

Wöchentlich einmal erscheinend.

- Berlin „Die Post“, Posten-Nr. 11.
Hannau „Der Bauernfreund“ Philipp-Ludwigs-Anlage 9.
Königsberg „Der Ostpreussische Landbote“ Knochenstr. 32.

Wochenschriften (Erscheinen alle 14 Tage).

- München „Süddeutscher Postillon“ Gensfeldstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Buchhändlerstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

- Berlin „In freien Stunden“ Beuthstr. 2 SW. 19. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

IV. Quartal 1900. Dreimal wöchentlich erscheinend. Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“, Salomonstr. 8.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

- Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bau- und Holzwaren-Industrie“, Wilhelmstr. 2, parterre.
Berlin „Die Ameise“, Organ des Bergbauarbeiter-Bundes, SO, Enckeplatz 15 II.
Bildhauer-Zeitung, Reichenstr. 3.
„Die Einigkeit“, Organ der Vertrauensmänner-Gewerkschaften Deutschlands, Hallesche Str. 19 II.
„Allg. Fabr.-Zeitung“, Schloßstr. 58.
„Der Gewerkschafts-Korrespondent“, Jüdenstr. 36.
„Der Steinarbeiter“, Nordstr. Bergstraße 10/31 Hofpl.
„Der Töpfer“ Engelstr. 15.
Bonn „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, Johannisstr. 12.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Langestr. 100 I.
Chemnitz „Der Textilarbeiter“, Herrstr. 14.
Grefeld „Hilfszeitung“, Organ des Bergbau- und verwandten Berufsvereins, Hubertustr. 148.
Gotha „Schuhmacher-Fachblatt“, Röhrenberg 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Marktstr. 15 II.
„Der Arbeiter“ (für Bau und Hilfsarbeiter) Gildes, Friedrichstr. 4 pt.
„Glück auf!“ (für Formen), Hamburg-Gildes, Friedrichstr. 11.
„Der Grundstein“ (für Maurer), St. Georg, Neue Brennerstr. 19 I.
„Holzarbeiter-Zeitung“, Eintracht, Bismarckstr. 10.
„Bruder Schmiech“, Uhlendorfer, Herderstr. 21.
Hans 8 II.
„Anzeiger für Schneider“, Rehmweg 41 II.
„Verweis-Anzeiger für Maler etc.“, Barnbeck, Schulzenbühlstr. 17.
„Der Zimmerer“, Barnbeck, Herderstr. 28 I.
Leipzig „Buchdrucker-Wacht“, Tauchaerstr. 19/21.
Leipzig „Der Tabakarbeiter“ (für Cigarrenarbeiter), Tauchaerstr. 19/21.
Leipzig-Zschenda „Graphische Presse“, Zschenda.
Linden-Hannover „Bauer-Zeitung“, Burgstr. 9.
Lötzen-Troden „Der Handwerker“ (für Holz-, Porzellan- u. Thonwaren-Arbeiter), Reichenstr. 34.
Münster „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, Vaihingerstr. 9.
Offenbach a. M. „Die Arbeiter-Zeitung“.
Stuttgart „Buchhändler-Zeitung“, Heußlestr. 30.
„Der Handschuhmacher“, Gertr. 21 II.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

- Augsburg „Augsburger Volkszeitung“ H. 352.
Breslau „Die Wahrheit“ Neue Graupenstr. 5/6.
Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt“ Koppelstr. 6.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Eulengebirge“ Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.
Zaalfeld „Thüringer Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Rosmaringasse 7.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

- Bautz „Die Nord-Bautz“ Neue Wilhelmshavenstr. 38.
Berlin „Gazeta Robotnicza“ Stralauerplatz 21.
Braunschweig „Der Landbote“ Höhe 4.
Breslau „Wahrheit“ Neue Graupenstr. 5/6.
Cassel „Der Wegweiser“ Hörsingstr. 2.
Dresden „Der arme Teufel“ Falkenstr. 10.
Essen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Kirchenplatz 11.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Bakenstr. 37.
Halle „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) St. Agathe 3.
Stuttgart „Schwäbischer Volksfreund“ Buchhändlerstr. 12.

Wöchentlich einmal erscheinend.

- Berlin „Die Post“, Posten-Nr. 11.
Hannau „Der Bauernfreund“ Philipp-Ludwigs-Anlage 9.
Königsberg „Der Ostpreussische Landbote“ Knochenstr. 32.

Wochenschriften (Erscheinen alle 14 Tage).

- München „Süddeutscher Postillon“ Gensfeldstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Buchhändlerstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

- Berlin „In freien Stunden“ Beuthstr. 2 SW. 19. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Erscheint wöchentlich einmal.

Alle 14 Tage erscheinend.

Berlin „Der Courier“, Centralorgan für die Interessen der Handels-, Transport- und Verkehrs-gewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands, SO, Engelstr. 15.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

- „Correspondenzblatt des Bergbau- und Bergbau-Deutsches“, N. Wilsdorfstr. 39.
„Deutscher Maschinen- und Bergbau“, Organ der Maschinen- und Bergbau-Deutschen, SO, Fiedlerstr. 35.
„Die Gewerkschaft“, Organ für die Interessen der Arbeiter in Gasanstalten und sonstigen industriellen Betrieben, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.
„Handlungsgehilfen-Blatt“, S. Drantenstr. 73 III.
„Der Handels-Gehilfen-Arbeiter“, Organ für alle im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands, C. Kommandantenstr. 25 I.
„Arbeiter-Zeitung“, N. Soldnerstr. 37 II.
„Sattler- und Tapezierer-Zeitung“, SO, Engelstr. 15.
„Wg. Steinmetz-Zeitung“, NW, Waldenstr. 18.
„Solidarität“, Organ aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Reinholdstr. 7.
„Zeitschrift für Graveure und Ciseleure“, Reinholdstr. 8.
„Brauerei- u. Bier-Zeitung“, Reinholdstr. 8.
„Frankfurt a. M. Neue Deutsche Dachdecker-Zeitung“, Brühlstr. 31.
Hamburg „Deutsche Bäcker-Zeitung“, Organ des Bäcker-Bundes, Dammstr. 15/17.
„Der Schiffszimmerer“, Eilb., Konventstr. 5.
„Gärtner-Zeitung“, Organ für die Interessen der Gärtner und ihrer freien Vereinigungen, Margarethenstr. 60 I.
„Der Kupferschmied“, Eilb., Marktstr. 6 I.
„Der Seemann“, St. Pauli, Holtenauerstr. 116.
„Werkzeug-Zeitung“, Eilb., Marktstr. 15.
Hannover „Der Proletarier“ (für Fabrik- u. Arbeiter und Arbeiterinnen), Veinstr. 31 III.
Leipzig „Leipziger Correspondenzblatt der Tapezierer“, Veinstr. 19 I.
Stuttgart „Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Buchhändlerstr. 12.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

- Augsburg „Augsburger Volkszeitung“ H. 352.
Breslau „Die Wahrheit“ Neue Graupenstr. 5/6.
Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt“ Koppelstr. 6.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Eulengebirge“ Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.
Zaalfeld „Thüringer Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Rosmaringasse 7.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

- Bautz „Die Nord-Bautz“ Neue Wilhelmshavenstr. 38.
Berlin „Gazeta Robotnicza“ Stralauerplatz 21.
Braunschweig „Der Landbote“ Höhe 4.
Breslau „Wahrheit“ Neue Graupenstr. 5/6.
Cassel „Der Wegweiser“ Hörsingstr. 2.
Dresden „Der arme Teufel“ Falkenstr. 10.
Essen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Kirchenplatz 11.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Bakenstr. 37.
Halle „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) St. Agathe 3.
Stuttgart „Schwäbischer Volksfreund“ Buchhändlerstr. 12.

Wöchentlich einmal erscheinend.

- Berlin „Die Post“, Posten-Nr. 11.
Hannau „Der Bauernfreund“ Philipp-Ludwigs-Anlage 9.
Königsberg „Der Ostpreussische Landbote“ Knochenstr. 32.

Wochenschriften (Erscheinen alle 14 Tage).

- München „Süddeutscher Postillon“ Gensfeldstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Buchhändlerstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

- Berlin „In freien Stunden“ Beuthstr. 2 SW. 19. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Erscheint wöchentlich einmal.

Litterarisches.

Neutrale oder parteiische Gewerkschaften? Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage, zugleich eine Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, von Otto H. v. B. Verlag der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, Bochum, Johannisstr. 12. In der jetzt viel diskutierten Frage, ob die Gewerkschaften Parteipolitik treiben sollen, enthält die Broschüre einen beachtenswerten Beitrag. Der Verfasser liefert im Anschluß an die Geschichte der Bergarbeiter-Organisation den Beweis, wie das Fernhalten religiöser und parteipolitischer Fragen für diese Organisation durchaus zweckmäßig und fördernd war. Dabei sind die Gegensätze zwischen der christlichen Bergarbeiter-Organisation und dem alten Verband nicht außer acht gelassen, im Gegenteil ist die zweideutige Haltung der christlichen Führer und der einflussreichen ultramontanen Zeitungen durch eine Fülle des interessantesten Materials dargestellt. Dieser Teil gehört auch politisch zu einem wichtigen Kapitel, das nicht nur für die Gewerkschaften, sondern allgemein für die Arbeiterbewegung von Bedeutung ist. In der Bergarbeiter-Bewegung ist die Tendenz zu einer neutralen Haltung der politischen Parteien gegenüber seit Beginn der organisatorischen Versuche vorhanden. Schon bei der Gründung des Bergarbeiter-Bundes im Rheinland und Westfalen im Jahre 1877 trat unser Parteigenosse Hasselmann entschieden für eine neutrale Haltung ein, während ihm gegenüber Stödel, der Vertreter der Centrumspartei, die Organisation auf christlicher Grundlage aufbauen wollte. Seit jener Zeit ist der Konflikt zwischen beiden Richtungen nie verschwunden. Eine, der in der Bergarbeiter-Bewegung als geschickter Organisator und einflussreicher Leiter bekannt ist, giebt sich keineswegs der Hoffnung hin, daß in absehbarer Zeit durch die neutrale Haltung eine Verschmelzung beider Organisationen möglich sei, aber er hofft in ungeliebten Fragen ein Zusammengehen zu bewirken. Nach der Richtung sind Fortschritte zu verspüren, Verfolgung und Mißachtung, die beide Organisationen seitens der Parteiführer zu erdulden hatten, hat schließlich eine gemeinsame Aktion mehrfach günstig beeinflusst und die Erfolge sind nicht ausgeblieben. Die dem Zusammengehen redet der Verfasser vor allen Dingen im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter das Wort und man wird dieser Taktik, als eine durchaus empfehlenswerte, nur volle Zustimmung zu teil werden lassen können.

Die Bergarbeiter gehören zu einer Arbeiterkategorie, die besonders schwer zu organisieren ist, das wird in trefflicher Weise von H. v. B. auch psychologisch erklärt. Die Lohnbewegungen bieten geschichtliche Erinnerungen bedeutender Arbeiterkämpfe, bei welchen die brutalen Gewaltmittel des Kapitals rücksichtslos wirkten. Manche blutige Episode deutscher Arbeiterkämpfe ist hier der Bergarbeiter entziffert, weshalb wir es freudig begrüßen, daß gerade diesem Teil der Bergarbeiter große Aufmerksamkeit gewidmet und das Material mit Fleiß bearbeitet hat. Die Broschüre enthält deshalb nicht nur für die Bergarbeiter einen recht belehrenden agitatorischen Stoff, sondern auch für jeden mit den Verhältnissen nicht Vertrauten bietet sie reiche Anregung zum Verständnis der gewaltigen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit.

Verfassungen.

Die Lötzerer hielten am Montag eine öffentliche Versammlung in Josenstr. Saal ab. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow. Der Vortragende schilderte die wirtschaftliche Entwicklung im Zeitalter des Kapitalismus und legte dar, daß die hereinbrechende Krise nicht, wie es von Seiten der Kapitalisten dargestellt wird, eine durch den Chinakrieg verursachte vorübergehende Geschäftslähmung sei, sondern daß wir einer der im Wesen des Kapitalismus begründeten schwereren wirtschaftlichen Krisen entgegen gehen, und daß es im Interesse der Arbeiter liege, sich gegen die Lohnrückerei, welche sich als Folge der wirtschaftlichen Niedergangs bemerkbar machen werde, durch eine feste Organisation zu schützen. — Mehrere Diskussionsredner wiesen auf die oft recht unglücklichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im

Lötzerergewerbe hin und betonten, daß eine Besserung nicht durch das zweifelhafte Wohlwollen der Kapitalisten, sondern nur durch solidarisches Zusammenhalten der Kollegen zu erlangen sei, was man bei jeder Gelegenheit den noch nicht organisierten Berufsangehörigen klar machen müsse.

Die Kupferschmiede hielten am 6. d. M. eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Die Abrechnung vom Dispositionsfonds ergab im letzten Halbjahr inf. eines Bestands von 2488,02 M. eine Einnahme von 3204,69 M., demgegenüber stand eine Ausgabe von 629,01 M. Nach Berichtserstattung des Revisionsbestands wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Zu Revisoren für die nächste Abrechnung wurden die Kollegen Reinbothe, Treys und L. Samidi gewählt. Alsdann erstattet Fritz den Bericht von der Gewerkschaftskommission, eine Diskussion fand nicht statt. Die Restwahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Delegierten und als dessen Stellvertreter wurde Kollege Reinbothe bestimmt. Als Bezirkskassierer für Norden wird Kollege H. Laubendich, Sargardstr. 3; für Süd-Ost Hr. König, Gubitzstr. 16a, III; für Süden W. Kühne, Fuchstr. 1, I; und für Nordwest G. Trobach, Sandstr. 29, gewählt. Als Hauptkassierer wurde G. Bauer, Demminstr. 5, III, wiedergewählt. Der Junngesellen-Ausschuß wird beauftragt, bei der Junngesellen-Versammlung zu werden, daß das Junngesellen-Ausschuß durchreisende Gesellschaften nicht nur auf der christlichen Herberge verabschiedet, sondern in dem Belieben der Durchreisenden gestellt wird, wo sie das Geschenk verzeihen wollen. Bei der Firma Plaum u. Gerlach werden die Kupferschmiede als Monteur eingestellt und nach dem Hochlohn-Tarif bezahlt, da dieselben aber Kupferschmiede-Arbeiten verrichten und in diesem Fall den tarifmäßigen höheren Lohnsatz zu beanspruchen haben, so wird beschlossen, diese Angelegenheit dem Vertrauensmann in Verbindung mit dem Filialvorstand zur Regelung zu überweisen. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß für derartige Fälle nach Versammlungsbefehl vom August dieses Jahres der tarifmäßige Mindestlohn 60 Pf. pro Stunde beträgt. Nachdem noch der Vertrauensmann auf die Notwendigkeit der politischen Organisation aufmerksam gemacht und das Mißverhältnis derselben zur gewerkschaftlichen Organisation in Berlin hervorgehoben, erfolgt Schluß der Versammlung.

Eine Versammlung der Gas- und Wasserrohrleger fand am Sonntag, den 7. d. M. statt, um Stellung zu nehmen gegen die neuerdings seitens der Junngesellen beliebte Taktik, eine tatsächliche Verschleppung der entgeltlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Schlegel geißelte an der Hand von Tatsachen dieses immerwährenden Verhandelns der beiden Kommissionen, das dann zum Schluß abermals eine Ablehnung seitens der Herren Junngesellen herbeiführte. In der Diskussion, in welcher die Kollegen Fischer, Pichon, Gurschke, Tschöke sich mehr oder weniger für ein energisches Handeln aussprachen, wurde folgende Resolution angenommen: Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Gas- und Wasserrohrleger, unter allen Umständen an dem am 12. September endgültig aufgestellten Lohn-Tarif festzuhalten, sie verpflichtet die Kollegen, da, wo dieser Tarif nicht zur Durchführung gelangt ist, sofort mit dem Unternehmer zu verhandeln. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist sobald als möglich der Ortsverwaltung mitzuteilen, welche, wenn die Verhandlungen nicht zur Zufriedenheit ausgefallen sind, ermächtigt wird, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, welche dazu geeignet sind, die Durchführung des Tarifs zu ermöglichen. Ferner erklärt die Versammlung, daß in den Betrieben, wo die überwiegende Zahl der Beschäftigten Gas- und Wasserrohrleger sind, nach diesem Tarif gezahlt werden muß. Die Kommission der Rohrleger und Helfer wurde durch die Wahl des Kollegen Tschöke ergänzt.

Die Rabinspänner und Träger hielten am 7. Oktober bei Jamschil, Inselstr. 10, eine recht gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Jun 1. Punkt der Tagesordnung: Bericht von der letzten Zahlstellenkonferenz, nahm Max Kersten das Wort. Unter anderem sprach sich derselbe dahin aus, daß es nach Ansicht der bei der Konferenz anwesenden Vertreter der einzelnen Zahlstellen, mit Ausnahme von dreien, für das Beste und Nützlichste angesehen wurde, den in der am 9. September kombinierten

Bauarbeiter-Versammlung gefaßten Beschluß: wann tritt der von uns festgesetzte neue Lohnmodus betr. des Nebewesens in Kraft, bis zum Verbandstag seiner endgültigen Förmung harrten zu lassen, da dort auf dem Verbandstage unvermeidlich nicht nur Neuerungen zum Sammelwesen zum Streifonds, sondern auch zu den Mitgliedsbeiträgen in Erwägung gezogen werden müssen. Als erster Redner in der Diskussion über den erstatteten Bericht ergriff Kollege Franz Kersten das Wort. Derselbe giebt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Lohnkommission sich einer Sache von so weitgehender Bedeutung so furchtbar teilnahmslos gegenüber verhält, und giebt seine Ansicht dahin kund, daß nach dem in dieser Sache bis jetzt Geschehenen die Lohnkommission unbedingt unter allen Umständen hätte darauf dringen müssen, so schnell wie möglich eine kombinierte Bauarbeiter-Versammlung einzuberufen, wo diese Sache unter Mitwirkung jedes Einzelnen hätte zum Austrag gebracht werden können. Allerdings ist ja ein dahingehender Versuch schon einmal gescheitert, aber die Verschleppung dieser Angelegenheit wäre doch durchaus nicht dazu angethan, die einmal erregten Gemüter der Bauarbeiter zu beruhigen. Mehrere andre Redner sprachen im selben Sinne, und nimmt die Versammlung in dieser Sache folgende Resolution gegen eine Stimme an: Die heute, am 7. Oktober, tagende Mitglieder-Versammlung ersucht die Lohnkommission, im Lauf dieser Woche eine kombinierte Mitglieder-Versammlung einzuberufen, welche endlich den Zeitpunkt festsetzt, wann der in der Versammlung am 9. September angenommene Antrag, betreffend Nebewesen, in Kraft tritt. Unter Verbandsangelegenheiten entspinnt sich eine längere Debatte wegen Anerkennung einer geltend gemachten Maßregelung. Durch Annahme eines dahin gehenden Antrags wird die Sache der Lohnkommission zur Unterförmung überwiesen. Nachdem der Vorsitzende noch die Kollegen aus dem 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis auf die jetzt zu entfaltende Agitation aufmerksam gemacht hatte, schloß derselbe die Versammlung.

Die bisherige Filiale des Verbands der Graveure und Ciseleure hielt am Dienstag, den 2. d. M., eine Versammlung ab. Zuerst wurden drei angegebene Mitglieder des Vergütungsausschusses und der Sekretär durch einstimmig angenommene Renonciation ersetzt. Dann hielt der Abg. Rosenow einen Vortrag über „Die Stellung des deutschen Arbeiters zur Weltpolitik und den Chinawirren“. Unter Berücksichtigung kamen die Mißstände in der Silberwarenfabrik Mein u. Co. zur Sprache. Es wurde folgende Resolution gefaßt: Die Versammlung sieht in der Entlassung des Kollegen Hoff in einer Maßregelung, bringt dem betreffenden Kollegen die vollste Sympathie entgegen und verurteilt scharf die Handlungsweise der Firma Mein u. Co. und der dortigen Kollegen.

Eine ordentliche Mitglieder-Versammlung des Vereins der Fliesenleger Berlins und Umgegend tagte am 4. Oktober im Lokal Schulz, Grenadierstr. 33. Die Anwesenden nahmen zunächst einen interessanten Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über das Thema: „Auf was wir stolz sind“ entgegen. Eine Diskussion fand nicht statt. Im Punkt Vereinsangelegenheiten gab der Kollege Huth den Bericht des Ausschusses über die Mitglieder, welche während der Lohnbewegung gegen die Beschlüsse der Organisation gehandelt haben. Der Ausschuss beantragt, daß aus der Organisation ausgeschlossen werden: Lehme, Stephan, Dillbörner, Siebert, Klein, Granzow und Müller. Diefem Antrage stimmten die Versammelten zu.

Johannisthal. Der sozialdemokratische Verein für Johannisthal-Niederbarnowende und Umgegend hielt am 6. Oktober seine Generalversammlung in Johannisthal bei Emsleben ab. Der Vorsitzende berichtete, daß im letzten Halbjahre 9 Versammlungen und 5 Vorstandswahlen stattfanden. Der Verein zählt zur Zeit 52 Mitglieder. Die Einnahmen im letzten Quartal betragen 108,45 M., dem steht eine Ausgabe von 50,15 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 58,30 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Die hierauf vorgeschlagene Renonciation des Vorsitzenden hatte folgendes Resultat: Klaus, Vorsitzender; Schirnhoff, Kassierer; Schwabowski, Schriftführer. Zu Hilfspersonen wurden die Genossen Klein, Luban

und Düring wiedergewählt. In Revisionen wurden die Genossen Krüger, Schäfer und Braun bestimmt. Die Bibliothek befindet sich wieder in den Händen des Genossen Merlins und wurden die Genossen vom Vorsitzenden aufgefordert, dieselbe recht häufig zu benutzen. Die nächste Versammlung soll am 20. Oktober in Nieder-Schöneweide bei Franz stattfinden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
Max Kelle. Ihre Schwester hätte den Eintritt in die Wohnung erzwungen eventuell beim Amtsgericht auf Erfüllung des Vertrags klagen, sich ein andres Unterkommen im Hotel besorgen und die dadurch entstehenden Kosten gegen den Wirt einklagen lassen. — D. Z. 30. Nein, er muß bis

April 1901 in der Schule bleiben, falls er nicht früher einen Auflassungschein vom Rektor erhält. — Helmede. Die Kündigungsfrist Ihres alten schriftlichen Vertrags ist auch für den mündlich verlängerten maßgebend. — W. J. Sie können dessen Schadenersatz verlangen. — W. G. 2000. 1. Sprechen Sie mit dem Bescheid in der juristischen Sprechstunde vor. 2. Die Bode gehört zu den unpfändbaren Gegenständen. — W. G. 21. Ja. — R. G. 1. Schließen Sie im zweiten Teil des Adresskalenders nach. 2. Wenden Sie sich an den betreffenden Verkäufer oder eine andere ähnliche Handlung. 3. Ja. — W. B. 13. 1. Nein. Sollte dennoch gehandelt werden, so müßte Ihre Frau Interventionsklage erheben. 2. Die Pfändung des Lohns erfolgt durch Beschluß des Amtsgerichts. Der Beschluß wird dem Schuldner und dem Arbeitgeber zugehellt. — G. B. 21. Sprechen Sie mit allen auf die Unfallsrente bezüglichen Papieren in der juristischen Sprechstunde vor. Ihre Anfragen sind ohne Einsicht in diese nicht zu beantworten. — R. B. 30. Soviel und bekannt, nirgends. — G. J. Köpplid. Die Zurücknahme des Strafantrags kann jederzeit schriftlich erfolgen. Wird angenommen, es sei mit dem betreffenden Instrument ge-

klagen, so würde die Zurücknahme des Strafantrags nur eine mildere Bestrafung, nicht die Straflosigkeit zur Folge haben können. — G. B. Ja. — P. S. 10. 1. Ja. 2. Nur wegen der 7 1/2 Stunden. 3. Zimmerstraße 90/91. — W. 100. Nein: weder die Mutter noch ihr uneheliches Kind verlieren dadurch, daß die Mutter die Heirat ablehnt, irgendwelche Alimentationsrechte. — P. S. 102. Nach Ihrer Darstellung ist es zweifelhaft, welches Recht eintritt, da Sie nicht angeben, wo die Ehe geschlossen ist und wo der letzte Wohnsitz des Verstorbenen war. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Ergänzung dieser Punkte oder sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. — G. G. 1. 6 Wochen zum Erben des Quartals. 2. Es kann eine längere Frist vereinbart werden, jedoch muß dieselbe für beide Teile gleich sein und nicht weniger als 1 Monat betragen. **Verband der Bauarbeiter und andre.** Wie oft sollen wir denn die Herren Schriftführer bitten, die Versammlungsberichte auf einer Seite des Papiers zu schreiben und die Rückseite frei zu lassen? Deuten, die öfter mit Redaktionen verkehren, sollte das doch schon in Fleisch und Blut übergegangen sein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 10. Oktober.
Opernhaus. Veronika Sellini. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der wilde Rentier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Die Hedeckmann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Johannisfeier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Butterseile. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Bettelstudent. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Das Gluck im Winkel. Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Der gnädige Herr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Der griechische Sklave. Anfang 7 1/2 Uhr.
Radium. 3 Uhr: Kindervorstellung: Die Puppe.
Thalia. Der Liebes Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Suisen. Die guten Freunde. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Tugendring. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Reich. Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Volk-Alliance. Der Prozeßhandl. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ting. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Ferno auf Erden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Der olle Muckebold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vossage. Baupostkam. Spezialitäten-Vorstellung.
Itrania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): „Die modernen Methoden zur Erforschung der Atmosphäre mittels des Luftballons u. Drachens“ von Prof. Assmann.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Seit Charleys Tante hat in Berlin kein Stück solche Zuschauher hervorgerufen wie
Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung. Zuschauherposten n. Bef. in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend, nachm. 4 Uhr: Erste Kinder-Vorstellung. Kleine Preise. Hänsel und Gretel. Ganz neu!

Thalia-Theater
Heute und folgende Tage:
Der Liebes Schlüssel.
Große Zuschauherposten mit Gesang und Tanz.
Am 2. Akt: Musikalisch-automatisches Potpourri (glänzend, feine).
Hauptdarsteller: Thomas, Thielcher, Detmerding, Junfermann, Baumhiller und die Damen Milton, Schäfer, Wanosius, Junter Schöy.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Souvenier 40 Pf.



Apollo-Theater.
Letzte Woche!
Venus auf Erden.
Adele Moraw und die vorzüglichen Oktober-Spezialitäten.
Voranzeige! Montag, 15. Okt.: **Fräulein Loreley.**
Operette von Bolton-Bäckers. Musik von Paul Lincke.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das Sensations-Oktober-Programm.
8 1/2 Uhr. Neu! 8 1/2 Uhr.
Der olle Muckebold.
Schwank in 1 Akt von G. v. Moser. Emanuel Rüd. Reintler: Direktor **Richard Winkler.** Im Reiche des Satans. Große Original-Pant. der Vulcanus-Truppe. Duo Mercedes, Excitrits-Duett, einzig dastehend.
Außerdem: 15 Attraktions-Nummern. Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonnt. 7 Uhr. Entree: 50 Pf.

Metropol-Theater.
Des 9 Uhr-Abend schlafes wegen Beginn der Operette 9 15 Uhr.
Der größte Operetten-Ensemble dieser Saison.
Eduard Steinberger a. G.
Der Mandarin von Tsing-ling-ting sowie das neue phänomenale **Oktober-Special-Programm.**
Jane Pierny.
Bonhair-Truppe.
Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Cirkus Alb. Schumann.
Heute, Mittwoch, den 10. Oktober, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
5. Gastspiel der königl. Ostpreussischen Hofkünstlertroupe
Les Colibris.
Ein Bild in die Märchenwelt. Die 9 kleinsten Menschen der Welt mit ihren prachtvollen Gala-Equipagen und 6 Kilopferden, darunter das kleinste Pferd der Welt Prinz Wisa, 23 Zoll hoch.
Zum Schluss: Zum 19. Male: Ein Sensations-Schlag 1. Rang:
CHINA.
Große Zuschauherposten mit ganz neuen Wasser-Geschichten. Die Inszenen in Klauischou. Der Aufstand der Boxer-Artege. Die Verbündeten vor Taku-Peking. Der große deutsche Panzer mit chinesischem Panzer im Gefecht. Sonntag: Zwei Vorstellungen.

Passage-Panopticum.
Letzte Woche:
Marokkaner-Truppe.
Vorstellung **stündlich.**
Passage-Theater:
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

Cirkus Busch.
Mittwoch, den 10. Oktober cr., abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée Equestre,
Anfang der Pantomime 10 Uhr.
Berliner Landpartien
Mit über 100. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Besonders hervorzuheben: Das Senken eines mit Musikanten besetzten Boots.
Miss Ada
mit ihren wunderbar. dress. Kostüms.
Sensationsell! — Noch nie dagewesen!
Frères Frediani.
Die 3 Akrobaten zu Pferde. Die berühmten französischen Glomond Geschlechter **Veideman** mit ihren urkomischen Witz und Entrees.
CASTANS PANOPTICUM
Die neuen lebenden Photographien. Graf Walderses. Kampf mit chinesischen Boxern. Konzert der russischen Nationalkapelle aus Kiew. Kapellmeister Semaschko. Illusionen — Kasperl-Theater — Irrgarten — Schreckenskammer.

Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nord-Sänger.
Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Son 5-7: Unterhaltungs-Musik. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach jeder Soirée: **Tanzkränzchen.**
Wochentags Tanz frei. Vereins- und Vorzugsbillets wochentags gültig. Säle zu Preislich u. Versammlungen.
Die Stecher im **Preis-Billard-Spiel**
finden heute, Mittwochabend, statt **Restaurant W. Erbe.**

Arbeiter-Bildungsschule.
Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15
(Saal 3).
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstands und der Revisoren. 2. Neuwahl zweier Revisoren. 3. Schulangelegenheiten und Verschiedenes. 5/3
Quittungsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Schiller, Rosenthalerstr. 57:
Branchen-Versammlung der Stellmacher.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Drechsler!
Am Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Kommissions-Sitzung der Drechsler.
Branchen-Versammlung der Galanterie- und Luxusmöbel-Arbeiter
am Mittwoch, den 10. Oktober 1900, abends Punkt 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralsstraße 18c.
Tages-Ordnung: Wie verschaffen wir uns höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen?
Es ist Pflicht sämtlicher in dieser Branche beschäftigten Arbeiter, Tischler, Drechsler, Polierer, Maschinenarbeiter sowie auch der Arbeiterinnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Branchen-Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter
am Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Putzer.
Achtung! Achtung!
Donnerstag, den 11. Oktober, abends 6 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstraße Nr. 57:
Baudeputierten-Sitzung der Putzer
Berlins und der Vororte.
Im Interesse der Sache ist es notwendig, daß jeder Bau vertreten ist.
J. A. Franz Schulz.

Wo amüsiert man sich grossartig?
Hassenstraße 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergs Festhallen**, Auf: Max Schindler. — Telefon: Amt IV Nr. 1152. — Heute: **Grosser Ball**, als **Specialität: Cigarren-Regen**, verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei. Empfehlung den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 51429*

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich 4 ausländische 4 Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.
Gr. Theater-Vorstellung.
Gr. Theater-Vorstellung.
Gr. Theater-Vorstellung.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Heute, Mittwoch, den 10. Oktober:
Der Bureaufrat.
Schwank in 4 Akten von G. v. Moser.
Donnerstag: **Die Lachtaube.**

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik **B. Strohmangel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,** wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 56072*

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Restaurateur

Otto Hajel
nach langem, schwerem Leiden am Sonnabend, den 6. Oktober, sanft entschlafen ist. Diefes zeigt an Die trauernde Witwe **nebst Kindern, Brüdern u. Schwägern.** Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofs aus statt. 3585

Kreuzberger Harmonie.
Am 6. d. M. starb unser altes freud. Mitglied **Otto Hajel.** Wir werden ihm fortdauernd ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 10. d. M., nachm. 5 Uhr, auf dem neuen Jakobikirchhof, Hermannstraße statt. — Treffpunkt der Säng. 4 1/2 Uhr Kirchhof. 65/20

Central-Kranken- und Begräbnis-Anstalt der Sattler u. Berufsgeu. Deutschlands „Hoffnung“
E. S. Nr. 64 zu Berlin.
Nachruf!
Unser langjähriges Mitglied Herr **Karl Ertelt** ist am 4. Oktober verstorben. Die Kaffe wird dem Verstorbenen ein freundliches und ehrenvolles Andenken bewahren. 4169
Der Vorstand der Anst. Verwaltung.

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten, besonders dem Personal der Firma **U. Reufeld**, dem Wahlverein des 2. Kreises und dem Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter sage ich für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank. 4118
Ww. Schacht.

Dankagung.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die meinem lieben Mann die letzte Ehre gegeben haben, insbesondere für die schönen Kranzspenden, spreche ich hiermit meinen innigsten Dank aus. 4129
Die trauernde Witwe, Marie Dorman.

Große Betten 12 Mt.
Deckbett, Unterbett, 2 Kissen, mit neuen gereinigten Federn, bessere 15 u. 18 Mt., 1 1/2 schiffelrige 16,50, 20, 24 Mt. mit guten Federn. **Gutes Daunbett nur 27 Mt.** empfiehlt und versendet unter Nachnahme die Bettfedern- und Bettensabrik von **D. Feibel, Berlin N., [5468], Chausseestr. 111.** Preislisten frei!

Keinen Bruch mehr!
2000 Mark Belohnung demjenigen, der beim Gebrauch meines **Bruchbands ohne Feder** nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man halte sich vor minderwertigen Nachahmungen. Auf Anfrage Broschüre gratis und franco durch das **Pharmaceutische Bureau, Wäldenburger (L.) Hollaund, Nr. 270.** Da Ausland — Doppelporto. 54389*

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größe Maßwahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Vestenleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen (ausnehmend angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Zähne v. P. W. an Zahngel. Reparaturen in 2 Stunden. Zahnziehen schmerzlos. Plombieren. Sprechz. 8-8. **Blumenstraße 25-1** **R. Lange, Ecke Markstraße.**

Ziehung 20.—26. ds. Monats
Lose nur 3 Mark,
Porto und Liste 30 Pf. extra empfehlen und versenden 6597L*
Carl Heintze, Berlin W., 1 Prämie 60000, Haupt-Gewinne 40000, 20000, 10000, 2 à 5000, 10 à 3000 Mark etc.
und der General-Debitour **Alexander Hessel, Dresden,** **13160 Geld-Gewinne** u. 1 Prämie, zus. **375,000 Mark** baar Geld.
Höchstbetrag im günstigsten Fall **100,000 Mark**

THIÉRY & SIGRAND

179 FRIEDRICHSTRASSE **BERLIN** TAUBENSTRASSE 37

HERREN- UND KNABEN-GARDEROBE

ERÖFFNUNG

FREITAG, den 12. OKTOBER

6 UHR ABENDS

UM BESICHTIGUNG WIRD GEBETEN * DER VERKAUF BEGINNT SONNABEND

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direction:
Sonntags 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Mütt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Moabiter Klubhaus

Reusselstr. 9.
Empfehle meine Säle den Vereinen
zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Habe das Lokal von E. Fischer über-
nommen und führe es in derselben
Weise weiter. 14226
E. Dobrick.

Königsberger Geld-Lotterie

zur Freilassung des Königl. Schlosses zu Königsberg i. Pr.
6240 Geldgewinne im Betrage von
190,000 Mark.
Die Hauptgewinne sind spec.
50000, 20000, 5000, 3000, 2000, 1000 Mark etc.
Original-Loose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf.) empfehlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrich-Strasse 181.
Filiale: Berlin NW., Wilsnackerstr. 63.
Ziehung 13. bis 17. Oktober cr.

Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erstickung oder Ueberladung des Magens, durch Genuß mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie:

Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung ausgezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte

Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Hubert Ulrich'sche Kräuter-Wein.

Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichen, heilkräftig befundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet, und stärkt und belebt den Verdauungsorganismus des Menschen, ohne ein Abführmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt Störungen in den Blutgefäßen, reinigt das Blut von verdorbenen krankmachenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weins werden Magenübel meist schon im Keime erstikt. Man sollte also nicht scheuen, seine Anwendung anderen scharfen, ägenden, Gesundheit zerschädigenden Mitteln vorzuziehen. Symptome, wie: **Kopfschmerzen, Aufstoßen, Sodbrennen, Blähungen, Hebelkeit mit Erbrechen**, die bei chronischen (veralteten) Magenleiden am so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt.

Stuhlverstopfung und deren unangenehme Folgen, wie **Verklemmung, Kolikschmerzen, Herzstößen, Schlaflosigkeit**, sowie Blutanhaufungen in Leber, Milz und Fortaderstamm (Hämorrhoidalleiden) werden durch Kräuter-Wein rasch und gelind beseitigt. Kräuter-Wein behebt **Unverdaulichkeit**, verleiht dem Verdauungsorgan einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl unangenehme Stoffe aus dem Magen und den Gedärmen.

Mageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftigung sind meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei gänzlicher Appetitlosigkeit unter nervöser Abspannung und Gemüthsverwirrung, sowie häufigen Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten, stehen oft solche Kranke langsam da. Kräuter-Wein giebt der geschwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. Kräuter-Wein heizert den Appetit, befördert Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beschleunigt die Blutbildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken Lebenslust. Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen dies.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à 1,25 und 1,75 M. in sämtlichen Apotheken von Berlin und Berlins Vororten, sowie in Preußen, ganz Deutschland und im Auslande in den Apotheken.

Auch versendet die Firma „Hubert Ulrich, Leipzig, Weichstraße 82“, 3 und mehr Flaschen Kräuter-Wein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und kostenfrei.

Vor Nachahmungen wird gewarnt!

Man verlange ausdrücklich **Hubert Ulrich'schen Kräuter-Wein.**

Wein Kräuter-Wein ist kein Heilmittel; seine Bestandtheile sind: Malagawein 440,0, Weinsprit 100,0, Glycerin 100,0, Rothwein 240,0, Cederschmelz 150,0, Rischafalt 330,0, Ranna 30,0, Fenchel, Kori, Heilenerwurzel, ameril. Krautwurzel, Enzianwurzel, Kalmuswurzel aa 10,0. Diese Bestandtheile mische man. 31932*

Wohlfahrts-

Loose à Mk. 3.30 (Porto und Liste 30 Pf. extra)
zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.
Ziehung 29. November u. folg. Tage zu Berlin.
16 870 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug im Betrage von M.
575,000
Haupt-Gewinn 100,000
Haupt-Gewinn 50,000
Haupt-Gewinn 25,000
Haupt-Gewinn 15,000
2 à 10 000 - 20 000
4 à 5 000 - 20 000
10 à 1 000 - 10 000
100 à 500 - 50 000
150 à 100 - 15 000
600 à 50 - 30 000
16000 à 15 240 000
Loosanzahl 200000. - Versand geg. Postanweisung oder Nachnahme durch General-Debit: Bankgeschäft.

Lud. Müller & Co.
in Berlin, Bröttestr. 5 und Hamburg, Nürberg, München.
Telgr.-Adr.: GUMMAMÜLLER.

Möbel auf Credit

und ganze 5332L*
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und aus Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.
Coulanteste und beste Bedienung.
Lagerbesichtigung erbeten. - Kein Kaufzwang.
Central-Möbel-Halle Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstr.

van Houtens Cacao

1/2 Kilo genügt für 100 Tassen
Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

In Berlin wird van Houtens Cacao fassenweise ausgeschrieben in van Houtens Cacao-Stube Werderscher Markt 9, Gerson gegenüber.
Künstl. Zähne von 3 M. an, vorzüglich. Plombieren schmerzlos. Zähne reinigen. Schmerzloses Zahnziehen. Zahnweil. Zahmschmerzlos beseitigt. Reparaturen sofort. **Goldstein**, Oranienstr. 123.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1,50 Mk. Teilzahlung wöchentl. 1 Mk. **Zahn-Arzt Wolf**, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7. *

Warenhaus A. Wertheim.

Vor der Eröffnung unsrer Neubauten Leipziger-, Voss- und Oranien-Strasse

Extra-Verkauf

zu ausserordentlich herabgesetzten Preisen in sämtlichen Abteilungen unsres Geschäfts.

Die Extra-Preise

sind neben den bisherigen auf den Preiszetteln vermerkt.

Alle Waren sind im Preise ermässigt.

Ausgenommen sind nur vereinzelte Artikel, deren allgemeine Preislage eine Herabsetzung nicht zulässt.

Ungarnierte Hüte.

- Wollhüte in modernen Formen 1,05 u. 1,45 Mk.
- Bügelhüte in modernen Formen 1,00 u. 2,50 Mk.
- Capelines, grosse weiche Form, mit breitem Rand 2,25 Mk.
- Haarfilzhut mit Velpelrand 4,75 Mk.
- Amazone mit weichem Kopf, Herrenform 2,35 Mk.

Ein grosser Posten moderner **Hut-Garnituren 60 Pf.**
jedes Stück regul. Preis 90 Pf. bis 2 Mk.

Engl. garnierte Hüte.

- Weicher Hut, gesteppt, mit eingedrücktem Kopf 1,60 Mk.
- Amazone mit breitem Ripsband garniert 2,40 Mk.
- Matrosenhut aus feinem Filz 3,25 Mk.
- Weicher Hut mit Sammetgarnitur 4,25 Mk.
- Moderner Hut mit Fels garniert 5,25 Mk.

Garnierte Hüte 3,50, 5,50, 7,25, 9, 11, 13 M. Damenhut, Amazonenform mit gestepptem Rand und Sportband garniert 1,85 Mk.

In unserer Putz-Abteilung ist eine grosse Anzahl eleganter Hüte ausgestellt.

Bänder u. Schleier.

- Farb. Ripsband, Qual. I Meter 18, 33, 42, 48 Pf.
- Farb. Hohltauband, ca. 8 cm. breit, Meter 60 u. 80 Pf.
- Schott. Band, reine Seide, ca. 10 cm. breit, Meter 53 Pf.
- Plissierte Seidengaze, Meter 60 Pf.
- Seiden-Chiffon in allen Farben, ca. 120 cm. breit, Meter 1,65 Mk.
- Schleier mit Chenille-Punkten, ca. 45 cm. breit, Meter 25, 35, 50, 75 Pf.
- Bordüreenschleier, schwarz und weiss, Meter 45, 60, 75 Pf.

Hutgarnituren, Blumen.

- Fantasie-Federn, Wiener Genre 38, 45, 70 Pf.
- Fantasie-Pose, Amazonenform 30 Pf.
- Schweifreier Ia. 1, 1,50, 2 Mk.
- Kronenreier Ia. 1, 1,50, 2 Mk.
- Nelken 14 Pf. Krysanthemum 15 Pf.
- Stielrosen 8 Pf. Veilchen Dutzend 3 Pf.
- Heckenrosen 45 Pf. Laubbouquet 1,15 Mk.
- Fächer-Palmen 70 Pf. 1,05, 1,40, 2,10 Mk.



Echtes Nerz-Collier mit Gebiss und 3 Schweifen 7,50 M.

Echter Nerz-Muff 9,50 M.

Ein Posten echt virginischer Fuchs-Colliers 13,50 u. 16 M.



Möbel
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen, Großes Lager, billige Preise, Dreijährige Garantie.
Wilh. Lambrecht, Zionsstr. 19.

Echte Kornbranntweine aus reinem Roggen und Malz gebrannt.
F. Willumeit, Alexanderstr. 62, Potsdamerstr. 48 (Eingang durch Fernsprecher VII a. 7186).

Wein zum Ausschank sehr geeignet: süß, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack.
Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 16.

Steppdecken
billigst in Fabrik Oranien-158.
Katalog Emil Lefevre, Berlin, franco.

Jedes Wort 5 Pfennig.
Nur das erste Wort fett, Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Reichstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 287b
Gardinen-Specialgeschäft, Blumenstr. 8, Auerkannt vorzügliche Gutskaufmann für Gardinen, Stores, Rouleaux, Täfel- und Schmutzdecken. 3172
Gelegenheitskäufe. Gardinen, Stores, Tischdecken, Steppdecken zu noch nie dagewesenen Preisen. K. Rosenbergl, Landsbergerstr. 82.
Teppiche und Gardinen, Hofstr. 9, parterre. 288b
Möbelverkauf, ganze Wirtschaft, auch einzeln, billig. Gartenstr. 148, vorn I. links. 7141
Möbelverkauf zu soliden Preisen. Auch Teilzahlung. Köster, Sebastianstr. 81. 3326
Möbelverkauf, ganze Wirtschaft, wie neu, sportlich verkleidet. Zofenstr. 38, I. rechts. 2872
Möbelverkauf, Kleiderständer, Serillos, Tische, Spiegel, Bettstellen, Sofas, Rückenmöbel billig. Sebastianstr. 70, I. 3082
Möbel auf Teilzahlung. Prinzenstr. 62, Teilmann. 217b
Möbelverkauf, Oranienstr. 173, am Oranienplatz. Große Auswahl von Wohn- und Schlafzimmermöbeln. 20,00, Schlafsofa 30,00, Ausziehtisch 20,00, Sofa 20,00, Kleiderständer 10,00, Büfett 20,00, Herrenschreibtisch 15,00, Kleiderkasten, Serillos 45,00, Buchständer, Serillos 20,00, Kamin, Serillos 48,00, Ruhebett 20,00, Spiegel, Spiegelbild 28,00, Tischendwan 20,00, Rückenmöbel billig. Teilzahlung gehalten. 321K
Piano, beides Fabrikat, umständlicher sehr billig, auch Teilzahlung. Buchholzerstr. 10, I. links. 143b
Eiserne Ofen aller Systeme, Kaminen, Türen, Doppelarme, sowie sämtliche Bedienungsgeschäfte. Karl Kaufmann, Mühlentorstr. 19, am Urban. 3870

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre.
Nähmaschinen, beste Ringstich, Bobbin, Adler, Schneidnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Zusatz, lang, wöchentlich 1 Paar, 5jährige Garantie, Postkarte. Preis, Neue Ringstich 82, Laden. 13922
Restaurants-Einrichtung, einen Restaurant, ein Billard verkauft. Hase, Kolonnenstr. 21. 162
Naturbuter, 10 Pfund Rollen 6 M., Mittenstück 4,50. H. Spitzer, Wilhelmstr. 363 bis Krassau. 423b
Betten, Steppdecken, sportlich. Veitshaus Neanderstr. 6.
Remontiruhren, goldene, Regulatoren, sportlich. Veitshaus Neanderstr. 6. 38/13
Teppiche, Gardinen, sportlich. Veitshaus Neanderstr. 6.
Vermischte Anzeigen.
Dividenden! Wer sich über diese wichtige Angelegenheit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Spekulanten, welche unentgeltlich versendet werden vom Fleischwarenverein Berlin, Königgräberstr. 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 11615
Photographie, 6 Licht, 1 Kabinett 2 Paar 50 Pfennig, 10 Postkarten 1 Paar 50 Pfennig. Ernst Dering, Schönhauser Allee 146. 753
Potenzialanwalt Dammann, Königplatz 57. 3432
Rechtsbureau Andreasstr. 63 (Concordia). Gewissenhafter Rechtsbeistand. 4026
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstr. 58, 2. Hof parterre. 2387b
Moderne Kleider und Anfertigung nach Maß von Damenmanteln empfiehlt sich Köhmann, Barnimsstr. 45. 381b
Fahrräder repariert Zimmer, Andreasstr. 70. 2832b

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, die selben werden abgeholt und jurad-geliefert. Götz, Kulostr. 27.
Stellenangebote.
Goldfleißer. Tüchtige Rattierer und Hensler finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung. Köpplerstr. 109a. 407b
Goldfleißer. Tüchtiger Grandierer findet bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung. Köpplerstr. 109a.
20 Cigarettenmacher verlangt sofort Salomon Rothmann, Alexanderstr. 22. 404b
Zahnmacher auf Feder-Reife-Schule sucht Priner, An der Stadtbahn 41. 3082
Gaudbauer gesucht für Gaskonen-Montage. Jonas, Lindenstr. 101. 405b
Schreiber, Lehrling, 20 Paar monatlich, verlangt Rechtsanwält, Alte Jakobstr. 48. 414b
Tapezier-Lehrling verlangt Bennenwig, Grüner Weg 100. 413b
Ein mit dem Genossenschaftswesen vertrauter kautionsfähiger

Tüchtigen Rahmenmacher verlangt Goldbleichenfabrik Alexandrinenstr. 25. 4106
Yanforsche gesucht, welcher in Berlin bekannt ist. Für Anfang pro Woche 9 Mark und freie Kranken-kasse. Arbeitszeit 9-9 1/2 Stunden. Offerten unter No. 2 befördert die Parteipostition Große Frankfurterstr. 133. 736
Klempner, der als Spezialität auf Luftzugbrenner und Kochöfen mit Luftzugbrenner gearbeitet, für dauernde Stellung nach dem Rheinland gesucht. Meldung bei Max Junge, Berlin, Ritterstr. 81. 415b
Vergolder für farbige Leinwand verlangt Vajarius, Alexandrinenstr. 22, 2. Hof. 421b
Arbeiter auf Bronzefanten verlangt Goldbleichenfabrik, Voltumstr. 3.
Korbmacher verlangt auf weiß, edig, Vintenzstr. 66. 419b
Verhülberinnen verlangt Goldbleichenfabrik Voltumstr. 3. 4176
Schneiderinnen auf Blusen und Kleiderstoffe wollen sich Mittwoch-abend mit Probestück melden. Gabbe u. Bergmann, Kronenstr. 33. 4206
Vierermädchen, Vehrfräulein, Kammer auf Damenenden verlangt Gold, Zwinnmünderstr. 59. 701
Junge Mädchen oder ältere Frau bei kleinem Kinde tagelöhner. Vaukerstr. 25, rechter Ausgang III, Kömer.
Mamsell auf bessere Jagdzeit, außer Haus, Stüd 1,70-2,50 Mark, verlangt O. Frig, Duffenstr. 34.

Redacteur
zur Leitung eines täglich erscheinenden Parteiblatts in großer Stadt Norddeutschlands gesucht. Es wird nur auf eine erste Kraft reflektiert. Offerten mit Gehaltsansprüchen werden unter Chiffre G. 7 an die Expedition d. Bl. erbeten.
Achtung! Bautischler! Nizdorf!
In der Ziecherei von Brojahn, Ziechestr. 27, haben die Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zugang ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.
Achtung, Drechsler!
Im Aufstand befinden sich noch folgende Werkstätten: 1108/6
Grund, Friedenstr. 48.
Roh, Raststr. 34.
Körner, Grüner Weg 65.
Walter, Albersdorferstr. 48.
Hannemann, Königbergerstr. 33.
Dieters, Alsterstr. 132/33.
Weinhardt, Tennengr. 11.
Kowalski, Rüdigerstr. 47.
Pfall, Grüner Weg 27.
Kuhlin, Ballhofstr. 43.
Geider, Fruchtstr. 29.
Zweckhof, Blumenstr. 46.
Leitendauer, Friedenstr. 48.
Pulch, Friedrichsberg, Köpplerstr. 40.
Zugang fernhalten.
Die Lohnkommission.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 6. Wahlkreis! Die Genossen und Genossinnen machen wir darauf aufmerksam, daß morgen, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, drei Volksversammlungen stattfinden und zwar: Puhmanns Boulevard-Theater, Schönhauser Allee 148 (Referent Genosse G. Ledebour); Feldschloßchen, Müllerstr. 142 (Referent Genosse Karl Dieblich); Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit Nr. 80/81 (arrangiert vom Vorstand des Sozialdemokratischen Wahlvereins des 6. Kreises, Referent Genosse Sjannuk). Die Tagesordnung lautet in allen Versammlungen: „Darum müssen wir sozialdemokratisch wählen?“ Zahlreichen Besuch erwartet Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Nizdorf. Diejenigen Parteigenossen, deren Zeit es erlaubt, werden ersucht, am Tage der Wahl mitzuhelfen und sich Donnerstag früh 8 1/2 Uhr im Wahlbureau, Apollo-Theater, Hermannstr. 48-50, zu melden. Das Wahlkomitee.

Die Ersatzwahlen der 3. Wählerklasse finden am Donnerstag, den 11. Oktober d. J., in den Stunden von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr in nachstehenden Bezirken statt:

Bezirk 1, umfassend: Conner-Gasse, Gartnerstraße, Gärtnerstraße, Perlebergstraße, Nollstraße, Kirchstraße, Mittelbühlweg, Richardplatz, Richardstraße, Treptowerstraße, Straße 88a. Wahllokal: Altschlossisches Vereinshaus, Richardplatz 16. (Thomasisches Lokal.)

Bezirk 2, umfassend: Straße 82-88, Bodestraße, Alleestraße, Nonnenstraße, Kirchhofstr. 1-9 u. 35-49, Schönebergstraße, Seltene Straße, Walthersstraße. Wahllokal: Hollmannsches Lokal, Bergstr. 67.

Bezirk 3, umfassend: Berlinerstraße 1-49 und 62-107. Wahllokal: Silberbrandtsches Lokal, Berlinerstraße 105.

Bezirk 4, umfassend: Dahlenstraße, Karlsgartenstraße, Wanzlstraße, Wilmannsstraße. Wahllokal: Neue Welt, Dahlenstraße 108-114.

Bezirk 5, umfassend: Prinz-Johann-Strasse 69.

Bezirk 6, umfassend: Köpenicker, Steinwegstr. 20-67. Wahllokal: Sarimannisches Lokal, Köpenicker, 59.

Bezirk 7, umfassend: Edmundstraße, Hermannstr. 99-165, Brühlstraße, Kirchhofstr. 10-34, Knechtelstraße, Kranoldplatz, Kranoldstraße, Mariendorfer Weg, Reinholdstraße, Ringdammstraße. Wahllokal: Grassmachersches Lokal, Hermannstr. 156.

Wahlberechtigt ist jeder preussische Staatsangehörige, der im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist und bis zum 1. Juli d. J. das 24. Lebensjahr erreicht hat, sowie mindestens die 2. Steuerstufe (1,33 M. pro Vierteljahr) bezahlt.

Diejenigen Wähler, welche verzogen sind, müssen ihre Stimme in dem Bezirk abgeben, wo sie vor dem 1. Juli dieses Jahres gewohnt haben.

Pflicht der Parteigenossen ist es, dafür zu agitieren, daß am Donnerstag jeder Wähler der 3. Abteilung von seinem Wahlrecht Gebrauch macht. Das Wahlkomitee.

Steglich. Die Ersatzwahlen für die 3. Klasse der Gemeindevertretung finden am Dienstag, den 16. Oktober, von 3 bis 8 Uhr, in den Kaiserhallen statt. Die Wahl erfolgt auf Grund der Wählerlisten vom März cr. für den zweiten Bezirk (östlich der Bahn).

Sieglist und Umgegend. Donnerstagabend 8 Uhr findet in den Kaiserhallen, Steglist, Albrechtstraße 130, eine Volksversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag: „Ueber die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Arbeiter.“ 2. Diskussion.

Für diese Versammlung findet am Mittwochabend eine Flugblatt-Verbreitung von den bekannten Lokalen aus statt. Der Treffpunkt für den zweiten Bezirk ist von Gärtner, Schloßstraße, nach Wolfs Lokal, Schildhornstr. 98, verlegt.

Groß-Lichterfelde. Heute Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Saal des Herrn Pögel, Chausseestraße 104, eine Protestversammlung wegen Aufnahme der Streiklausel seitens der Gemeinden Lichterfelde und Lankwitz statt. Die Arbeiter der beiden genannten Orte, insbesondere die Bauarbeiter werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Der Einderufer.

Die Sammelliste Nr. 103 zum Parteitag ist verloren gegangen und bei ev. Vorlegung anzuhalten und in der Expedition des „Vorwärts“ abzugeben.

Lokales.

Zur Nachwahl im sechsten Reichstags-Wahlkreis.

Den Freisinnigen im Wahlkreis ist sehr zeitig die Puste ausgegangen. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung beschlossen sie gemäß ihrem Prinzip der Unentwegtheit — Enthaltung zu üben. Die „Berl. Ztg.“ bringt über die Angelegenheit folgenden Bericht:

Der Wahlverein der freisinnigen Volkspartei im sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hat in einer gestern abend bei Herrn Grunnenstr. 184, abgehaltenen Versammlung beschlossen, sich an der bevorstehenden Reichstags-Nachwahl nicht zu beteiligen und den freisinnigen Wählern Stimmenthaltung zu empfehlen. Der Gesamtvorstand des Wahlvereins und die Vorstände der einzelnen Bezirksvereine, welche dem Wahlverein angehören, liegen durch den Abg. Fischel die nachstehende Resolution begründen:

„Die auf den 8. Oktober einberufene Versammlung von Wählern der freisinnigen Volkspartei im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis beschließt für die bevorstehende Reichstags-Ersatzwahl in Erwägung, daß es sich lediglich um eine Ersatzwahl handelt und daß bei den zeitigen Verhältnissen ein Einfluß der Partei auf das Wahlergebnis nicht ausgeübt werden kann, eine Kandidatur nicht anzustellen. Die Versammlung empfiehlt den Parteigenossen, sich der Abstimmung zu enthalten.“

Der Vorschlag, den Wahlkreis den Sozialdemokraten diesmal kampfslos zu überlassen, fand eine lebhaftere Gegenreaktion, die Majorität trat jedoch der Ansicht des Gesamtvorstands bei, daß die Aufstellung eines Kandidaten bei einer Nachwahl der parlamentarischen Opfer nicht wert sei, anders sei es bei einer allgemeinen Reichstagswahl, wo es gelte, die Stärke der Partei festzustellen, man müge Geld und Kräfte für die Landtags- und Stadtverordneten-Wahlen sparen, wo es gelte, den Kampf auch mit den Konservativen aufzunehmen. Der Kandidat der Sozialdemokraten, Herr Ledebour, könne keinem freisinnigen Namen sympatisch sein, ein Eintreten in die Agitation könnte aber eine Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und den konservativ-antifreisinnigen Parteien herbeiführen und viele freisinnige Wähler würden sich dann wohl für verpflichtet erachten, dem kleineren Uebel Rechnung zu tragen und in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Das mag bei ersten Gegnern, deren Charakter man schätzen und achten müsse, wie bei Dieblich, politisch klug sein. Herr Ledebour, der Negativ, sei dies aber nicht wert. Deshalb solle man gleich erfolgen lassen, was bei der Stichwahl doch erfolgt, und sein Pulver für andre Wahlkämpfe im besten Interesse der Partei trocken halten.

Die Resolution des Gesamtvorstands wurde mit 87 gegen 50 Stimmen angenommen.

„Es ist die Grobmannschucht“, heißt es bei Schiller vom edlen Karl Moor. Hätte der Freisinn einen würdigen Gegner sich gegenüber, dann würde er schon zeigen, was eine Partei ist. Liebknecht, ja, das war einer, der war noch halbwegs wert, daß der Freisinn sich mit ihm maß. Ledebour aber, der Negativ, ist nicht der Mann, den der Freisinn zu besiegen sich herabläßt, und daher muß er aus purer Tapferkeit vor Ledebour ohne Schwertstreich ins Kauseloch kriechen.

Der Freisinn ist, hoch gerechnet, vierzig Jahre alt und schon kindisch, wie man sieht. Die Ursache seiner Hilflosigkeit ist zu begreifen, wenn man sich folgende Zahlen vergegenwärtigt. Nachdem 1877 schon Hasenclever gewählt worden war, siegte bei den Wahlen von 1878 der Fortschrittler Klotz mit 20 900 Stimmen über den Sozialdemokraten, der 15 707 Stimmen erhielt; die Wahlen von 1881 ließen den fortschrittlichen Sieg, der unter dem Socialistengesetz mit 17 947 gegen 17 378 sozialdemokratische Stimmen erfochten wurde, schon recht problematisch erscheinen. 1884 siegte Hasenclever mit 24 258 gegen 13 782 Fortschrittstimmen und seitdem gehört der sechste Wahlkreis unserer Partei endgültig. Bei den Kartellwahlen 1887 gingen die freisinnigen Stimmen auf 11 750 herab, 1888 bei der Ersatzwahl auf 7496, 1890, 1893 und 1898 betrug die Zahl der Freisinnstimmen trotz des rapiden Anwachsens der Bevölkerung 14 195, 12 508 und 10 808, während Liebknechts Stimmenzahl auf 42 274, 51 569 und 58 778 anwuchs. Diesmal will der Freisinn aus freier Entscheidung überhaupt nicht mehr mitzählen. Er mag sich richtig eingekippt haben.

Zur Wohnungsnot lassen sich die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ wunderlich aus: Wenn es richtig ist, daß in der überwiegenden Zahl von Fällen die Gründe noch fortbestehen, aus denen in den Gemeindevorständen Besondere Haus- und Grundbesitzer eine bevorzugte Stellung in Bezug auf das passive Wahlrecht zur Gemeindevertretung eingeräumt ist, so unterliegt es andererseits keinem Zweifel, daß die Aufrechterhaltung dieser Vorzugsstellung wesentlich davon abhängen wird, ob sie sich in der Praxis mit den allen andern vorangehenden Rücksichten des Gemeinwohls verträgt. Diese Voraussetzung wird vorhanden sein, wenn die Hausbesitzer in denjenigen Fragen, in denen die Sonderinteressen des städtischen Haus- und Grundbesitzes mit denen der Gesamtheit nicht übereinstimmen, ihre besonderen Interessen unterzuordnen wissen. Eine Probe auf dieses Exempel wird namentlich das Verhalten der städtischen Gemeinden gegenüber der Wohnungsfrage bilden. Diese Frage wird durch die in jüngster Zeit vielfach hervorgetretene Wohnungsnot, namentlich in den ärmeren Kreisen der Bevölkerung, den Gemeinden kräftig in Erinnerung gebracht. Aber auch abgesehen von diesem Momente liegt die Inangriffnahme und Lösung der Wohnungsfrage durch die Gemeinden im dringenden Interesse der Erhaltung der leiblichen und sittlichen Gesundheit in der Bevölkerung. Gerade aber auf diesem Gebiete stehen die materiellen Interessen des Haus- und Grundbesitzes vielfach in direktem Gegensatz zu den Forderungen des Gemeinwohls, und es hieße, zweifellos die Vorsehung der Hausbesitzer in den Gemeindevertretungen von Innen heraus unterzuordnen, wenn infolge des Einflusses der Hausbesitzer deren materielle Interessen eine wirksame Behinderung der Gemeinden auf diesem Gebiete verhindern oder auch nur ernstlich erschweren sollten.

Das ist nur ein Scherzstück. Die Hausbesitzer wissen sehr wohl, daß sie die wertvollsten Stütze des unter dem Begriff der Ordnung verstandenen Ansehens sind und daß sie daher trotz des offenbar unter dem Einfluß des gegenwärtigen Glanzes eingegebenen Bewusstseins sich nicht von ihren Interessen und Interessen der Gesamtheit vorantreiben lassen. Man vergegenwärtigt sich nur die Absurdität des Falls, daß die preussische Regierung dem Abgeordnetenhaus einen Geleitzettel vorzulegen würde, der das Vortrecht der Hausbesitzer zu Gunsten der unterdrückten Bevölkerungsschichten bezeugt!

Unre gefrigen Mitteilungen aus der städtischen Verkehrsdeputation, die über die Hintertreppenkultur der Großen Berliner endlich Arbeit brachten, sind dem offiziellen Organ dieser Gesellschaft, der „National-Zeitung“ hart auf die Nieren geschlagen. Das Blatt bringt einen Artikel, in dem uns etwas wahrhaft Schändliches in puncto Anstand zum Vorwurf gemacht wird: Wir machen für die Verstädtlichung großer Unternehmungen Stimmung! Nun denke man sich nach der „National-Zeitung“ die Folgen solchen Trevels:

Es giebt kaum einen andern Weg, auf dem sich unter den heutigen staatlichen Verhältnissen den sozialdemokratischen Idealen so nahe kommen läßt. Es bedarf keiner näheren Darlegung, daß dies in prinzipieller Beziehung der Fall ist, wenn die Privatunternehmung möglichst ausgeschaltet wird. Aber auch unter dem Gesichtspunkt der Erlangung von Macht und Einfluß trifft es zu. Je größer die Zahl der von den Städten selbst betriebenen Industriellen und Verkehrsunternehmungen wird, um so größer die Zahl der Personen, denen man begreiflich machen kann, daß sie ein dringendes Interesse daran haben, sozialdemokratisch in der Stadtverordneten-Versammlung vertreten zu sein; sowohl behufs Herabdrückung des Preises für die Darbietungen der städtischen Unternehmungen — der etwaige Anfall kann ja durch die Steuern der wohlhabenderen Einwohner gedeckt werden —, als behufs Geltendmachung der Ansprüche der Angestellten in der Art, wie die Socialdemokratie in jedem Streik Partei nimmt.

Es grenzt nach der „National-Zeitung“ offenbar an Monarchenmord, wenn man sich die Erlösung von der Großen Berliner wirtl. Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit beherzigen hoffentlich den Sinn, lehnen schlemmig vom Kaiserpalast aus, deren fürder zur Unfähigkeit des Privatkapitalismus und überlassen es für alle Ewigkeit der Straßenbahn-Direktion, die Berliner Bevölkerung nach Herzenslust zu drangsalieren.

Einen Hüffel giebt der offizielle Schweineberg der Berliner Verkehrsdeputation wegen ihrer Stellung zu der oben hoch angesehenen Großen Berliner: „Es würde sich angesichts der Bedeutung des Straßenbahnwesens für den öffentlichen Verkehr und die Kommunalverwaltung von Berlin überhaupt empfehlen, wenn die Organe der Stadt sich immer gegenwärtig halten wollten, daß auch für die Berliner Straßenbahn das Kleinbahngesetz gilt und daß die Berliner Straßenbahnen der staatlichen Genehmigung und Aufsicht genau so unterliegen, wie alle übrigen Straßenbahnen, ja, daß für diese noch die besondere Vorschrift des § 89 gilt, nach welchem es zur Anlegung von Bahnen in den Straßen von Berlin der königlichen Genehmigung bedarf.“

Als ob dies Recht die am Montag verhandelte Angelegenheit überhaupt nur berührt! Oder will Herr Schweineberg andeuten, daß der Stadt für die von ihr zu bauenden Straßenbahnen die Genehmigung verweigert werden könnte?

Berliner Volksschulwesen. Die neuen Gemeindegulhäuser, die mit Beginn dieses Winterhalbjahrs in Benutzung genommen werden sollten, sind nicht sämtlich bis zum gestrigen Beginn des Winterhalbjahrs fertig geworden. In der Dunder- und in der Grenzstraße mühten die Kinder zunächst wieder nach Hause geschickt werden, weil auf Treppen und Treppen noch zahlreiche Handwerker beschäftigt waren. Auch in der Oderberger- und in der Klostergasse wurde noch in früher Morgenstunden die letzte Hand an Werk gelegt, doch wurden die Räume rechtzeitig demutbar. Gleichfalls nicht fertig geworden sind die gemieteten Säulräume in der Scheringstraße, die für die neue 241. Schule bestimmt sind, aber erst schrittweise eingerichtet werden müssen. Auch hier wurden die Kinder wieder nach Hause geschickt. Die unterkühlten gewordenen Säulen werden, falls die Fertigstellung der Räume noch mehrere Tage erfordert, vorläufig in andern Schulhäusern derselben Stadtteils untergebracht, haben aber dann nur am Nachmittage Unterricht.

Ueber die Ausnahmen vom Neunhr-Ladenschluß und von der elfständigen Ruhe der Ladenangestellten hatten die Vertreter der Kaufmannschaft dem Polizeipräsidenten ein Gutachten zu erstatten, dessen Inhalt bereits veröffentlicht ist. Die Frist zur Abgabe dieses

Gutachtens war so kurz bemessen worden, daß erst nach deren Abgang eine Befragung des neu gebildeten Korporations-Ausschusses für das mittlere und Kleingewerbe möglich war. Auf Antrag dieses Ausschusses beschloß die Kellerei, das Gutachten noch dahin abzuändern, daß für die Haupt-Ladungszeiten, am 1.—3. April und 1.—3. Okt., sechs Abende, ferner, namentlich für den Verkauf von Reijahrsarten, zwei Abende vor Schloßberg (statt nur eines) zum Ladenbetrieb bis 10 Uhr freigegeben werden mögen. Diese 7 Tage müssen, da das Maximum bekanntlich auf 40 Tage im Jahre normiert ist, an anderer Stelle gestrichelt werden, und zwar schien es zweckmäßig, auf drei von den 9 Wochentagen vor Weihnachten und auf vier von den sonst erbetenen Sonnabenden zu verzichten. Die Ausnahme von der elfständigen Ruhepause (§ 139 d. Gewerbe-Ordnung) soll für neun Wochentage vor Weihnachten, Gründonnerstag und Sonnabend vor Ostern, Mittwoch bis Sonnabend vor Pfingsten, beantragt werden.

Einen unultuarischen Verlauf nahm die gestrige Quartalsversammlung der Berliner Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Jungung, die unter zahlreicher Beteiligung in einem Saale der Frankfurterstraße abgehalten wurde. Wegen den Obermeister Wolfshäger, der seit dreißig Jahren den Vorsitz führt, ist in der letzten Zeit eine Opposition entstanden, die auf Abänderungen in der Geschäftsführung drängt. In der gestrigen Versammlung plähen die Geister heftig aufeinander. Die Tagesordnung konnte nicht erledigt werden, weil die Opposition gleich vom Beginn der Verhandlung an einen großen Lärm aufbrachte. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde von vielen Rednern bemängelt, daran schloßen sich persönliche Bemerkungen, in denen mit Schimpfworten nicht gespart wurde. Als der Obermeister Wolfshäger einen der Redner wegen einer unqualifizierbaren Äußerung aus dem Saal weisen wollte, entfiel furchtbare Lärm. Der Gewerkegeleite weigerte sich, dieser Aufforderung nachzukommen. Schließlich drohte die Sache in Thätlichkeit auszuarten und so sah sich der Vorsitzende genötigt, die Versammlung kurzer Hand zu schließen. Die Versammlung hatte ziemlich vier Stunden gedauert. Wie es heißt, will der Vorstand der Jungung wegen der gestrigen Vorgänge zurücktreten. Die Mitglieder der Opposition wollen sich dagegen bei der Verwaltungsbehörde wegen der Vorgänge in der Jungung beschweren.

Schon wieder ein brennender Accumulatorenwagen. Heute morgen gegen 1/2 8 Uhr gerieten die Accumulatoren des Straßenbahnwagens 1850, der auf der Linie Gesundbrunnen-Kreuzberg verkehrt, am Rosenthaler Thor in Brand. Der Wagen, der glücklicherweise nicht stark besetzt war, schleppte sich bis zum Hadeschen Markt und sollte dort auf ein Nebengeleise überführt werden. An der Weiche sprang er jedoch aus den Schienen, infolge dessen der Betrieb für die Straßenbahnlinie Weidenburgerstraße-Zooologischer Garten gestört wurde. Es dauerte nahezu 1 1/2 Stunden, bevor der Kolch soweit betriebsfähig gemacht werden konnte, daß seine Zurückführung nach dem Depot erfolgen konnte.

Die Große Berliner. Eine große Verkehrsstörung entstand gestern mittag an dem Hause Leipzigerstr. 74. Dort war ein Accumulatorenwagen in Brand geraten, die Passagiere hatten sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht und die Feuerwehre löschte das Feuer mit einigen Eimern Wasser ab. Da jedoch der im Hause der Abgeordneten befindliche Feuermelder gezogen war, so rißte die Wehre in der für einen Brand in den Staatsgebäuden vorgeschriebenen großen Stärke an. Hierdurch entstand bei dem ohnehin lebhaften Verkehr in jener Gegend eine große Störung, umso mehr, als sich gewaltige Menschenmengen ansammelten. — Auch an der Jerusalemische Strasse gab es eine große Ansammlung. Dort war eine Droschke mit der elektrischen Straßenbahn zusammengestoßen. Menschen wurden nicht verletzt; der Materialschaden ist nicht allzu erheblich.

Der Deffilateur August König aus der Wangelstraße 1, der Montagabend seinen Hauswirt zu töten versuchte, wurde gestern morgen um 5 Uhr von Kriminalbeamten, die dort eine Streife machten, ergriffen und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Er bestritt, auf den Hauswirt geschossen zu haben, will ihn vielmehr ohne die Absicht, ihn zu töten, nur zweimal mit einem Stiel-Geschoß geschlagen haben. Dieser Behauptung widersprechen allerdings die Verwundungen einiger Hausbewohner, die das Schießen gehört haben wollen, und die Beschaffenheit der Wunde. Den Revolver hat man nicht gefunden. Gestern mittag fanden durch den Bezirkskommissar Kriminalkommissar Dr. Groß mehrere Vernehmungen statt.

Tubläum. Vom Centralverband der Brauer Deutschlands erhalten wir folgende Zuschrift: Sein 25-jähriges Dienstjubiläum befrag am 1. Oktober d. J. der Brauer Herr Joseph Gärtner in der Schützerei-Brauerei Altkönigsplatz, Abteilung I. Aus diesem Anlaß hatten die Ausschussmitglieder der Abteilung I im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Fest veranstaltet. Etwa 500 Personen saßen an den Tischen des festlich geschmückten Saals, an der Ehrensel der Jubilar, der Generaldirektor Herr Kommerzienrat Köfide und die gesamte Direktion des Centralvereins, der Abteilung I, II und IV. Während der Tafel begrüßte Herr Generaldirektor Köfide den Jubilar in einer fernigen Ansprache, die in ein mit stürmischer Begeisterung aufgenommenes Hoch auf den Geehrten anslang. Nachdem von der Direktion und einem Ausschussmitglied noch einige Reden gehalten waren, wurde die Tafel aufgehoben und der Jubilar nahm die Gaben, die ihm von der Firma, von dem Generaldirektor, von den Beamten und seinen Mitarbeitern zum Andenken überreicht wurden, entgegen. Ein Tanz beschloß das selten schöne Fest, und die Sonne begrüßte bereits die letzten, die die gastlichen Räume verließen.

Gegen eine Ration von 80 000 Mark wurde der Studienstiftungssekretär Hugo Schwarz von hier aufgefetzt. Da von dem Rationierten noch immer jede Spur fehlt, so bringt die Wehr die Angelegenheit erneut zur Erinnerung. Schwarz ist bekanntlich nach Unterbringung von 13 700 Mark Dienstgeldern am 10. September v. J. aus Berlin flüchtig geworden.

Ueberrfahren wurde gestern morgen 9 1/2 Uhr in der Frankfurter Chaussee der 3-jährige Willi Kemm. Das Kind kam unter die Räder eines Lastwagens, die ihm so unglücklich über den Körper fuhren, daß der Kleine sofort verstarb.

750 Mark Belohnung sind auf die Ergreifung des früheren Gelbriestragers Hugo Schwarz von hier aufgefetzt. Da von dem Rationierten noch immer jede Spur fehlt, so bringt die Wehr die Angelegenheit erneut zur Erinnerung. Schwarz ist bekanntlich nach Unterbringung von 13 700 Mark Dienstgeldern am 10. September v. J. aus Berlin flüchtig geworden.

Beim Haarbrennen schwer verunglückt ist Dienstagmittag die 40 Jahre alte Droschkenführerin Dreher aus der Wangelstraße 5. Diese war in der Seifenfabrik von Arol Weil in der Greifswalderstraße 140/141 beschäftigt und wollte sich dort während der Mittagspause die Haare brennen. Hierbei kam sie mit den Kleidern der Flamme des Apparats zu nahe, die Kleider fingen Feuer, und im Augenblick brannte die Frau von oben bis unten. Schwer verletzt wurde sie mit einem Leichten Rettungswagen nach dem Auguste Victoria-Krankenhaus in Neu-Weichenberg gebracht.

Jungen gesucht. Die Personen, welche am 4. September abends gegen 7 Uhr im Söding-Junge innerhalb der Stationen Wilmersdorf und Vörke den Streit beobachtet haben, der sich zwischen zwei Personen abspielte, werden gebeten, sich bei Herrn, Kronenenerstr. 16, im Cigaretengeschäft zu melden.

Der Berliner Nordbahnhof wird am 1. Januar 1900 für den Frachtverkehr geschlossen. Von genanntem Tag ab werden von und nach Berlin Nordbahnhof nur Wäsendungen und Frachtgut in Wagenladungen befördert.

Bei der Arbeit schwer verletzt wurde der Arbeiter Max Berchner aus der Voedstr. 89. Er geriet mit der linken Hand

während des Arbeitens in die Feinschneidemaschine; hierbei wurden ihm die Daumen und der Zeigefinger vollständig zerquetscht. Von der in der Schützenstr. 14 belegenen Arbeitsstelle wurde er nach der Unfallstation in der Kronenstr. geschafft, wo ihm der erste Verband angelegt wurde.

Für Gbuzi hat nunmehr der Verteidiger ein Gnadengeuch an den Kaiser gerichtet.

Der Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern wird in den Monaten Oktober bis Dezember 10 Vortragskurse abhalten. Jeder Kursus wird 6 Vorträge von je anderthalb Stunden umfassen, die Vorträge beginnen abends 8 1/2 Uhr und sind für Männer und Frauen zugänglich. Das Programm lautet: 1. Montag: Prof. Dr. Erich Schmidt: „Schillers Theater vom Wallenstein bis zum Demetrius“ im Bürgeraal Rathaus, beginnt am 5. November. 2. Montag: Privatdocent Dr. Fr. Kopsch: „Bau und Leistung des Gehörapparats“ im großen Hörsaal der Anatomie, beginnt am 29. Oktober. 3. Dienstag: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Dieckhoff und Privatdocent Dr. Helm: „Einführung in die lateinische Sprache“ im Französischen Gymnasium, beginnt am 6. November. 4. Dienstag: Privatdocent Dr. Wolfenstein: „Elementar-Chemie“ in der Technischen Hochschule, beginnt am 30. Oktober. 5. Mittwoch: Lic. Dr. Schüring: „Kulturgeschichte der italienischen Renaissance“ im Kunstgewerbemuseum, beginnt am 24. Oktober. 6. Mittwoch: Professor Dr. Plate: „Der Parasitismus im Tierreich und die Schmarotzer des Menschen, im Zoologischen Institut, beginnt am 31. Oktober. 7. Donnerstag: Prof. Dr. Börnstein: „Das Wetter und seine Voraussetzungen“ in der Landwirtschaftlichen Hochschule, beginnt am 1. November. 8. Donnerstag: Geh. Reg.-Rat Dr. Stephan: „Allgemeine Rechts- und Gesetzeskunde“ im Französischen Gymnasium, beginnt am 1. November. 9. Freitag: Prof. Dr. Hoening: „Grundzüge der sozialen Geschichte Deutschlands im Mittelalter“ im Französischen Gymnasium, beginnt am 20. Oktober. 10. Freitag: Prof. Dr. Jaekel: „Descendenzlehre auf Grund der Entwicklungs- und Tierwelt“ in der alten „Urania“ beginnt am 26. Oktober. Der Eintrittspreis beträgt für jeden Kursus 1 Mark. Karten sind zu haben bei G. Welling, Leipzigstr. 136; A. Schütz, Hofmarktstr. 60 II; Chr. Tischendörfer, Sophienstr. 20; Trautweinische Buchhandlung, Leipzigstr. 13; Centralstelle für Arbeiter- Wohlfahrts-einrichtungen, Köthenerstr. 23 II (8-3 Uhr).

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird heute, Mittwoch, Herr Geheimrat Professor Kohn einen Vortrag über die modernen Methoden zur Erforschung der Atmosphäre mittels des Luftballons und Dragens halten.

Die 9. städtische Fortbildungsschule für Jünglinge und Männer, Fruchtstr. 38, welche in der abgelaufenen Unterrichtsperiode die städtische Zahl von 1600 Schülern, 87 Klassen und 50 Lehrern aufwies, eröffnet das Wintersemester am Mittwoch, den 10. Oktober, abends 7 Uhr. Die Schule umfasst eine vollständig entwickelte kaufmännische und gewerbliche Abteilung. Der Unterricht wird erteilt in Deutsch, Rundschrift, Kaufmännische Korrespondenz, Buchrecht, Handelskunde, Handelsgeographie, Gesetzeskunde, Rechnen, Kaufmännisches Rechnen, Algebra, Körperrechnen, Wappzeichnen, Nützlichkeitszeichnen, Naturstudien, Bauzeichnen, Zirkel- und Projektionszeichnen, Fachzeichnen für Graveure, Glaser, Gold- und Silberarbeiter etc., Modellieren in Ton und Wachs, Altmeisteren, Französisch, Englisch, einische und doppelte Buchführung, Stenographie, Geometrie, Trigonometrie, Physik, Chemie, Warenkunde, Maschinenzichnen, Gesang und Musik. Anmeldungen nimmt während des Unterrichts täglich von 7 bis 9 Uhr abends der Herr Dirigent Pagel entgegen.

Feuerbericht. Dienstagnachmittag erfolgte ein Alarm nach dem Dönhofsplatz, wo ein elektrischer Straßenbahnwagen in Brand geraten war. Auf dem Wege dahin karambolierte der Tender des Dampfstritzengrubs aus der Schönebergerstraße an der Kreuzung der Zimmer- und Wallgrafenstraße mit einem elektrischen Straßenbahnwagen der Firma Siemens u. Halske, wobei die Verzapfung des Tendlers auf die Straße geschleudert wurde. Ein Feuerwehrmann erlitt dabei einen Schenkelbruch, ein anderer eine schwere Kopfverletzung, und mussten beide nach der nächsten Unfallstation gefahren werden. Vorher waren Friedrichstraße 114 und Wilhelmshafenstr. 13 kleine Wohnungsbrände abzulösen. Waldstraße 33 brannten Hölzer in einem Fabrikraum, doch brauchte hier die Wehr nicht in Tätigkeit zu treten.

Aus den Nachbarorten.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Schöneberg kam die Streiklausel zur Besprechung. Bekanntlich hatte die Schöneberger Hochbau-Deputation diese Klausel als im Interesse der Gemeinde liegend anerkannt und beschloßen, sie in die Verträge aufzunehmen. Gegen dies Verfahren wandten sich in zwei auf bejauhten Versammlungen die Arbeiter Schönebergs. Eine Protestresolution wurde an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung gerichtet, welche Körperlichkeiten sei an die Petitionskommission überweisen. In der Kommission wurde die Klausel gegen eine Stimme gutgeheißen; nunmehr wurde dem Plenum der Stadtverordneten ein gleiches gerichtet.

Nachdem der Referent, Maurermeister Schulz, der Stadtverordneten-Versammlung die Streiklausel empfohlen hatte, entgegnete unser Parteigenosse Stadt. O. H., daß die Annahme nichts anderes bedeute, als eine Parteinahme der Behörden zu Gunsten der Unternehmer; die Behauptung, daß der Widerstand der Behörden gegen die Klausel die Fertigung des Krankenhauses in Frage stellen werde, sei in jeder Hinsicht durchaus hinfällig. Der Stadt. Geometer v. Frankenberg meinte zu dem ablehnenden Verhalten der Staatsbehörden, das Obst noch ins Feld geführt hatte, die Staatsbehörden seien mit der Klausel schon einverstanden, nur müßten sie fürchtbar diplomatisch sein und deshalb hätten sie die Forderung abgelehnt. Im übrigen sei es der Geist und die Intelligenz der Unternehmer, die den Arbeitern ihr Brot schaffe.

Dürgermeister Dr. Gerhardt führte aus: Sie werden es verständlich finden, daß ich hier auf die politische und wirtschaftliche Seite des Punktes nicht eingehe. Ich will die Sache rein geschäftlich behandeln. Durch die Aushaltung des Stadts. Obst könnte es den Anschein erwecken, als ob durch die Aufnahme der Klausel in unsere Verträge wir die Arbeitgeber in wirtschaftlichen Kampf unterstützen würden. Das ist nicht der Fall. Die Sache liegt so, daß fast alle Vangechäfte dem Bunde angehören; lehnen wir die Streiklausel ab, so werden die notwendigen Schulbauten nicht fertiggestellt.

Für die Durchschnittsbegabung der Stadtverordneten war die Rede des Schlächtermeisters Haase bezeichnend: In keiner anderen Stadt werde für die Arbeiter so viel getan, wie in Schöneberg. Erst jetzt werde wieder eine Vollschleife eröffnet, zu welcher die Arbeiter nichts zugehen haben. Von den Arbeitern werden hier überhaupt keine Steuern gezahlt. Von den Bürgern, die täglich 10 M. verdienen, ist beim Steuereinzahlen keiner zu finden.

In fastlässiger Weise geißelte Haase die Verhältnisse jener Herren. Den Worten des Herrn Haase irgend welchen Wert beizulegen, hat keinen Zweck. Es wäre zu viel Ehre. Im übrigen müßte er sein Erkaunen über die Konsequenz der Anschauungen bei den Magistratsmitgliedern zum Ausdruck bringen. Auf der einen Seite laßt man zur Strafenpflasterung Steine auf Rechnung der Stadt, um eine Ersparnis zu erzielen, und hier sei man bestrebt, trotz Dautat und Baummeister, städtische Bauten von Privatunternehmern ausführen zu lassen. Was die Aushaltung des Stadts. Krankenhauses betrifft, so müßte er sagen, wäre der von ihm ausgesprochene Gedanke nicht gar zu dumm, so könnte man ihn ganz geschickt nennen! (Der Vortrager hält diese Aushaltung für unparlamentarisch und erlucht um Zurücknahme. Da dies nicht geschieht, erteilt er Stadts. Wafsch einen Ordnungsruf.) Unter dem lauten Widerspruch der Mehrheit schloß er seine Ausführungen.

Die Streiklausel wurde hierauf mit 29 gegen 4 Stimmen gutgeheißen.

Rixdorf. Die Wohnungsnot hat sich auch in unserer Stadt schon seit längerer Zeit bemerkbar gemacht. Die Deputation für die städtischen Pflege-Anstalten mußte sich wiederholt mit der Unterbringung von Familien beschäftigen, deren Ernährer in Arbeit

standen und sehr wohl fähig waren Miete zu bezahlen. Es war ihnen unmöglich gewesen kleine Wohnungen zu bekommen. In einzelnen Fällen stiegen sich die Hausbesitzer an der Kinderzahl. Ein böses Zeichen in einer Arbeiterstadt, wie es Rixdorf ist. Gelegentlich des Quartalswechsels füllten sich im Ru alle Räume unfres Armenhauses mit Leuten, die keine Wohnung erhalten konnten, und immer weitere Obdachlose daten um Unterkunft. Die Schuld hieran trägt zu einem Teil ein Zöpermeister Wiedemann. Er hatte einen Neubau zum Oktober vermietet, der jetzt noch nicht bezugsbar ist. Dadurch wurden allein 37 Familien obdachlos. Aber abgesehen von dem besondern Vergehen des genannten Besitzers, hat die Wohnungsalamität auch in Rixdorf sich derart bemerkbar gemacht, daß die städtischen Körperschaften die Pflicht hätten, der Angelegenheit praktisch näher zu treten.

In den Stadtverordneten-Erwahlungen wollen sich nun doch die Hausbesitzervereine beteiligen. Es sind von ihnen Kandidaten für die erledigten Sitze der dritten Abteilung aufgestellt worden. Einer der Herren erklärte bei Annahme der Kandidatur, er betrachte sich nur als Zahlkandidat, da es den Sozialdemokraten zweifellos gelingen würde, ihnen genehme Kandidaten zu finden. In Anbetracht dessen, daß auch die Sozialdemokraten sich auf kommunale Gebiete zur gedeihlichen Mitarbeit als brauchbar erweisen hätten, sei für die Grundbesitzer die Sache nicht von einschneidender Bedeutung.

Na also! Die Arbeiterschaft Rixdorfs wird trotz des ansehnlichen Gleichniss der Herren auf dem Posten sein müssen. Für die wahlberechtigten Arbeiter der fraglichen Bezirke muß die Lösung sein: Am 11. Oktober alle Mann an die Wahlstühle!

Eine Gasexplosion bildete vorgestern den traurigen Abschluß eines Hochzeitsfestes. In Richtenberg, Hagenstraße 2, hatte der städtische Lehrer Viedrzinski, der vorgestern seine Hochzeit feierte, eine aus zwei Zimmern und Küche bestehende Parterrevohnung gemietet, in die er mit seiner jungen Frau Einzug halten wollte. Als das junge Ehepaar noch im Kreise seiner Gäste in einem Berliner Restaurant weilte, geriet in einem rasend schnell sich greifenden, infolge einer Gasexplosion entzündeten Feuer ihr frisch eingerichtetes Heim. In dem nach dem Garten liegenden Schlafzimmer hat die Explosion, welche auf Unvorsichtigkeit der mit einer Kerze an der Gasleitung beauftragten Arbeiter zurückzuführen wird, sämtliche Einrichtungsgegenstände sowie die Decke und Wände des Zimmers völlig zerstört. Das Ganze bietet ein Bild grauenhafter Verwüstung. Bei der Katastrophe ist der Wirt des Hauses, Herr Schulz, und seine Frau noch erheblich zu Schaden gekommen. Die sofort herbeigerufenen Feuerwehr von Richtenberg und Friedrichsfelde erlöschten bald darauf und löschten den Brand, der bereits den Driehelbelag der darüber befindlichen Wohnung ergriffen hatte. Das um seine Habe gekommene, noch nicht verheiratete junge Ehepaar hat inzwischen bei den Eltern Unterkunft gefunden.

Reinickendorf. Die Entscheidung wegen Ableitung der Klärwasser in den Tegeler See wird voraussichtlich im Laufe dieser Woche gefällt werden. Der Geheimrat Regierungsrat Dr. Schmidtmann aus dem Kultusministerium wird zuvor den Seegraben sowie die Kläranlage in der Reichstraße besichtigen, um dem Kultusminister in einer Audienz über den Stand der Dinge berichten zu können. Zur Feststellung der Beschaffenheit des Seegrabens, welcher nach dem Tegeler See entwässert werden soll, hatten sich am Freitag der Kreisbauamt des Kreises Nieder-Barim, der Kreisbauamtmeister Nixon, der Gemeindevorstand, sowie der Ingenieur Nothe nach der Scharnweberstraße und der Aligstraße begeben. Die an verschiedenen Stellen entnommenen Wasserproben bestanden in überliefenden, blau und rot gefärbter Flüssigkeit, welche seit Jahren in den Tegeler See gelangen.

Um eine Erörterung über die Streiklausel ist die Gemeindevertretung von Groß-Lichterfelde auf geniale Weise herbeigekommen. Von der Arbeiterschaft war die dortige Gemeindevertretung zu einer öffentlichen Protestversammlung wegen der Aufnahme der Streiklausel in die Verträge der Gemeinde mit diversen Unternehmern eingeladen. In der Sitzung vom letzten Montag mußte sie zu der unangenehmen Einladung Stellung nehmen. Dies machte ein erstklassiger Gemeindevertreter, Herr Geheimrat Käle, folgendermaßen:

Es sei an die Gemeindevertretung eine Einladung seitens eines Herrn Steinberg zur Teilnahme an einer öffentlichen Versammlung gegen die Streiklausel ergangen. Es wäre nun unhöflich, dieselbe gänzlich zu ignorieren; er müßte aber sagen, daß sie amtlich zu derselben keine Stellung nehmen könnten. Mit der Frage der Streiklausel habe sich die Gemeindevertretung noch nicht beschäftigt, sondern nur der Gemeindevorstand, der die Sache nach bestem Wissen und Gewissen behandelt habe. (Das heißt der Gemeindevorstand hat die Streiklausel acceptiert und ist der Zustimmung der Gemeindevertretung sans phrase sicher.) Da nun der Gemeindevorstand nicht eingeladen sei, sondern nur die Gemeindevertretung, so bestehe keine Veranlassung, zu der Einladung Stellung zu nehmen. Die difficile Untercheidung zwischen Gemeinde vor stand und Gemeinde vertretung, die herhalten mußte, um alle beide aus der Klemme zu ziehen, ist zu löstlich. Jedenfalls war die Zeit zu kurz zur Vorbereitung einer weniger genialen Abweisung!

Lichtenberg. Ein seltener Fall von Einnützigkeit zeigte sich in unserer Gemeindevertretung bei der Abwehr einer vom Gemeindevorstand beantragten Verschlechterung der Geschäftsordnung. Aus Anlaß eines von unsren Genossen zur Tagesordnung eingebrachten Antrags, der Gemeindevorordnete von Gemeindevorarbeiten und Lieferungen für die Gemeinde ausgeschlossen wissen wollte, wünschten einige bürgerliche Vertreter Aufklärung vom Gemeindevorsteher darüber, ob es angeht sei, daß ein von drei Gemeindevorordneten unterzeichneter Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werde; es seien hierzu früher stets sieben Unterschriften notwendig gewesen. Der Gemeindevorsteher konnte nicht umhin, die Zulässigkeit anzuerkennen, gab aber die Absicht zu erkennen, einen Antrag auf eine entsprechende Abänderung der Geschäftsordnung einzubringen. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde über den Antrag verhandelt, der bestimmte, daß ein Antrag von zehn Gemeindevertretern unterzeichnet sein sollte (bei 24 Gemeindevertretern), um auf die Tagesordnung zu kommen. Von unsren Genossen wurde dieser Antrag denn auch gründlich zerpflückt; sie wiesen darauf hin, daß dessen Annahme der Realisation einer ganzen Wählerklasse gleichkäme, denn der dritten Wählerklasse, die voraussichtlich bei der nächsten Wahl von der Arbeiterpartei besetzt würde, würde dann das Stellen von Anträgen bei dem bekannten Entgegenkommen der bürgerlichen Vertreter unmöglich. Gemeindevertreter Plonja als Vorsitzender der bürgerlichen Parteien erklärte aber zum Erstaunen der Sozialdemokraten, daß von seinen Freunden wohl kein Einziger für eine Verschlechterung der Geschäftsordnung zu haben wäre, und erinnerte dann seine Freunde an die Zeit, wo sie in der Kinderheit waren, wo sie ebenfalls zu kämpfen hatten, um Anträge aus ihrer Mitte auf die Tagesordnung gesetzt zu sehen! Der Antrag wurde denn auch abgelehnt.

Gerichts-Zeitung.

Die Aussetzung einer Kunstnovelle kam in einer Verhandlung zur Sprache, die gestern vor dem Schöffengericht stattfand. Die jugendliche Kellnerin Emma Dahle fühlte den Drang in sich, Chansonette zu werden und als sie aus einer Zeitungsanzeige erlas, daß der „Direktor“ G. sich damit befahte, stimmte sie junge Damen zu Sängern auszubilden, meldete sie sich bei ihm. Sie wurde auch sofort angenommen. Ihre „Ausbildung“ bestand darin, daß sie bereits am folgenden Tage vor dem Publikum singen mußte. Der Direktor war nämlich das Haupt einer weiblichen Gesangs-Gesellschaft, mit denen er die Umgegend Berlins bezog. Die neue Schülerin sang drei Tage

auf dem Schilgenplatz in Potsdam, dann einen Tag in Wannensee und einen Tag in Weimanns Volksgarten auf dem Gesundbrunnen. Sie erhielt dafür freie Station und monatlich ein Gehalt von zehn Mark. Besonders lästig war es ihr, daß sie beim Publikum mit dem Zeller sammeln mußte. Am fünften Tag ihrer künstlerischen Tätigkeit wurde sie kontraktbrüchig, sie verließ die Gesellschaft und lehrte nicht wieder. Nun hatte der Direktor aber bereits ihre Schulden in Höhe von 10 M. bei ihrer früheren Wirtin bezahlt, auch vermehrte er ein Paar Lackstühle und ein knallrotes Damen-Beinkleid, welche Gegenstände zum Inventar gehörten, mit dem seine Damen auf der Bühne aufzutreten hätten. Er zeigte das junge Mädchen wegen Betrugs und Diebstahls an. Die Lackstühle und die knallrote Beinkleider hatte die Angeklagte nur mitgenommen, weil sie dieselben bei ihrem heimlichen Weggehen gerade trug, und ferner wurde ihr geglaubt, daß sie es beim Eingehen des Engagements keineswegs darauf abgesehen hatte, nur die zehn Mark zu erhalten.

Die Verhandlung, die der Komik nicht entbehrt, endete mit völliger Freisprechung der Angeklagten.

Vorauß die Polizei in Kassel sahen muß. Die Verordnungsverordnung für den Regierungsbezirk Kassel sollten die Arbeiter Budek, Stragner und Schiemer in Kassel dadurch überreden haben, daß sie an einem Sonntag Wahlaufsätze in Couverts den darauf angegebenen Adressaten zutragen. Es handelte sich um die Stadtverordneten-Wahl in einem Kasseler Bezirk der dritten Wähler-Abteilung. Die Aufsätze enthielten die Mahnung, nur dem Kandidaten der Arbeiterpartei die Stimme zu geben. Den Angeklagten wurde zweierlei vorgeworfen: Erstens, daß sie entgegen dem § 1 der Verordnung durch eine öffentlich bemerkbare Arbeit die Sonntagsfeier gestört hätten, zweitens eine Uebertretung des § 6 der Verordnung, der das Verteilen von Flugblättern an Sonntagen betrifft. Das Schöffengericht verurteilte sie zu Geldstrafen, das Landgericht als Berufungsinstanz sprach sie jedoch mit folgender Begründung frei: Es stehe fest, daß die Beschuldigten nur couvertierte Aufsätze zu den Adressaten getragen hätten, ohne eine Vergütung zu erhalten. Von Flugblättern könne deshalb nicht die Rede sein. § 6 der Verordnung scheidet also von vornherein aus. Aber auch unter die öffentlich bemerkbaren Arbeiten im Sinne des § 1 könnten die Handlungen der Angeklagten nicht gerechnet werden, wenn gleich, da eine gewisse Anstrengung damit verbunden gewesen sei, von einer Arbeit gesprochen werden könne. Jeder Angeklagte habe etwa 20 bis 30 Wahlaufsätze ausgetragen. Bei dieser geringen Anzahl sei eine öffentliche Bemerkbarkeit nicht anzunehmen, und auf keinem Fall sei die Tätigkeit geeignet gewesen, das religiöse Gefühl des Publikums in seiner Allgemeinheit zu verletzen und die Sonntagsfeier zu stören. Die Aufsätze seien ja in besondere Umschlüsse eingeschlossen und nur für bestimmte Personen bestimmt gewesen. Darauf, daß die Leute den Schugmännern aufziefen, könne ein Gewicht nicht gelegt werden, denn die Beamten hätten den Auftrag gehabt, an jenem Sonntag auf die Verteiler von Wahlblättern zu sahen. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, es müsse auch andern Leuten aufgefallen sein, daß die Angeklagten die Straßen hinunter und in verschiedene Häuser hineingingen. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Die Rechtsgültigkeit der Regierungs-Verordnung vom 31. Dezember 1896 sei unbedenklich. Der Vorderrichter habe sie aber mit Recht nicht angewendet. Wahlaufsätze in Couverts, die an bestimmte Adressaten gerichtet seien, trügen nicht den Charakter von Flugblättern, wie das Landgericht richtig angenommen habe. Andererseits habe der Vorderrichter ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß die Tätigkeit der Angeklagten weder als öffentlich bemerkbare Arbeit anzusehen, noch geeignet gewesen sei, das religiöse Gefühl des Publikums in seiner Allgemeinheit zu verletzen.

Vermischtes.

Das schwere Eisenbahnunglück, das sich am Sonntag in der Nähe von Heidelberg ereignete und an Opfern bisher sieben Tote und gegen achtzig mehr oder minder schwer Verwundete forderte, war von grauenvollen Schreckensscenen begleitet. Die „Bad. Presse“ läßt sich folgendes darüber melden: „Die Szenen, die nach dem Zusammenstoß folgten, spotteten jeder Beschreibung. Die Verwundeten schrien und schrien nach Hilfe und Wasser, die Belegten tiefen angstvoll nach ihren Angehörigen. Eine Frau, deren Weine zwischen zwei Wagen eingeklemmt waren, stieß den Kopf zum Fenster hinaus und bat flehentlich um Erlösung. Schwer heimgegriffen wurde die Familie des Privatmanns Buech (Heidelberg), die Tochter, eine Braut, blieb tot, der Vater wurde schwer verletzt. Die Schuld an dem Unglück trifft den 27-jährigen Fahrdienstbeamten Weigert. Die Ursache, weshalb der Lokalgang auf freier Strecke hielt, liegt darin, daß die beiden Schaffner die Fahrplatanlagen bei der Ueberfüllung mit Reisenden nicht bewerkstelligen konnten. Der Fahrdienstbeamte Weigert, der sofort verhaftet wurde, gab zu seiner Entschuldigung an, daß er überarbeitet gewesen sei. Der junge Mann soll eine Zeit lang den Gesamtdienst am Karlsruher allein verrichtet haben.“

Dierzig Personen totgedrückt. Aus Petersburg wird berichtet: Im Rifanderloster im Kreise Porschow bei Pskow (Ruslan) waren zum Kirchfest etwa 5000 Pilger versammelt, die dann in dem zweistöckigen Klostergebäude übernachteten. In der Nacht brach unter der Last der Pilger der Fußboden des zweiten Stockwerks, die Pilger fielen auf die im ersten Stockwerk schlafenden. Während der Nacht, die darauf entfiel, schrie ein Mann „Feuer“. Nun stürzten alle auf den einzigen Ausgange zu. In dem furchterlichen Gedränge wurden 4 Männer und 36 Frauen totgedrückt, 20 Personen verwundet, darunter 4 schwer.

Ein schweres Baunglück hat sich gestern bei Frankfurt am Main ereignet. Am Neubau der Artilleriekaserne in Babenhäusen stürzte das Gerüst zusammen und begrub fünf Maurer unter sich.

Marktpreise von Berlin am 8. Oktober 1900

nach Ermittlungen des kgl. Volkswirtschaftsministeriums

Ware	Qualität	Preis	Ware	Qualität	Preis
Weizen	gut D. Alt.	—	Kartoffeln	neu, D. Alt.	6.—
	mittel	—	Rindfleisch	Reule 1 kg	1.60
	gering	—	do.	Bund	1.30
Roggen	gut	—	Schweinefleisch		1.60
	mittel	—	Schlachtfleisch		1.80
	gering	—	Hammelfleisch		1.60
Butter	gut	15.60	Butter		2.80
	mittel	14.80	Eier	60 Stk.	4.—
	gering	14.—	Starkweizen	1 kg	2.—
Hafer	gut	15.80	Rohweizen		2.60
	mittel	14.80	Gerste		2.—
	gering	13.80	Barische		1.80
Rindfleisch		7.00	Schmalz		2.60
Schweinefleisch		7.50	Pfeffer		1.40
Speiseölen		45.—	Krebst.	per Schod	12.—
Kautschuk		70.—			2.50

frei Wagen und ab Ballen.
Produktenmarkt vom 9. Oktober. Auf dem Getreidemarkt zeigte sich die rückläufige Bewegung heute trotz insolge der Fortdauer des inländischen Vorratensbedarfs russischer Roggenformen, neuerlicher Höchststände der Weizenpreise in New York und schwerwiegenden Nachschlages. Die Weizenpreise für Weizen gaben für vordere Lieferungen um 0,75 M. und per Mai um 0,50 M. nach, Roggen stellte sich um 0,25 M. bezw. 0,50 M. niedriger. Späterhin zog Weizen etwas an, da die anstehende trockne Winterung Befürchtungen erweckt, daß die jungen Saaten sich nicht günstig entwickeln. Hafer war still und ziemlich fest. Rindfleisch war wenig verändert.
Spiritus. Der Vorkursus notierte unverändert 50,40 M.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 10. Oktober 1900.
Ein wenig kühl, teils heiter, teils wolfig, bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.